

JAHRESBERICHT 2022

Nachhaltigkeit Transformation Standortbedingungen Wachstum
Wohlfahrt Gesundheitsmanagement Zukunftsdialog Mittelstand

Strompreis

Zukunft

#Lösungsindustrie

Pharmainitiative

Bayern

Umwelt- und

Klimapakt

Transformation

Genehmigungsverfahren Entgelttransparenzgesetz Industriestrompreis

Bürokratie Altersfreizeit Flächentarifvertrag Globalisierung

Ukraine

Klima

Wandel

Titanoxid

Chemikaliensicherheit

Arbeitsschutz

Bildungspolitik

Green Deal

Energiekosten

CO₂-Zertifikatehandel

Industrie 4.0

Covid-19

Lobbyregister

Industrieland

Wirtschaftskrise

Innovation

Gasversorgung

Infrastruktur Soziale Marktwirtschaft Nachwachsende Rohstoffe

Strommarktliberalisierung Digitalisierung Weiterbildung

Rohstoffknappheit Technologieoffenheit

Pharmaregulierung Wertschöpfungsketten Zukunft der Ausbildung EU-Richtlinien



Kunststoff

Chemie

Branchendialog

Altersteilzeit

Industriemuseum

VCI-LV Bayern

Interessenvertretung

Chem Delta

Bavaria

H₂O

EU

FCI

EIVi

Cas9

G9

HGV

Trassen

Embargo

CRISPR

DS-GVO

Dialog

Pandemie Stromtrassen

Arbeiten 4.0 TA-Luft

Europa

Gas-Embargo

Recycling

Fridays4Future

Kommunikation

Flexibilisierung

FCI

VBCI

Abs 38

EEG

Euro

MINT

Tarifautonomie

Fake-News

Wirtschaftsstandort

Bayern

Chemie 4.0

Tarifpolitik Carbon Leakage

Elternzeit Arbeitszeitgesetz

LNG-Terminal

BREXIT

Helpdesk

Ethylenpipeline

Pharma

Sozialpolitik

Embargo

REACH

Strukturwandel

Chemie³

Finanzkrise

Emissionshandel

Homeoffice

Südlink

Mikroplastik

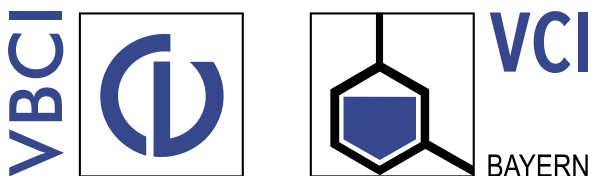
Responsible Care

Betriebsverfassungsgesetz

Weiterbildung

Technologieoffenheit

EU-Richtlinien



Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2021/2022

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands	4
Vorwort Walter Vogg, Hauptgeschäftsführer und Vorstand	8
75 Jahre Bayerische Chemieverbände	12
Wirtschaftliche Lage	22
Tarifpolitik	26
Sozialpolitik	32
Industriepolitik	40
Aus der Arbeit des VBCI	50
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern	58
Ausblick	66
Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise, Expertenkreise, Expertendialoge	70
Gremienmitglieder	72
Statistiken	74
Team der Bayerischen Chemieverbände	76

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet. Alle Geschlechter mögen sich bitte gleichermaßen angesprochen fühlen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

Im zurückliegenden Jahr hat sich die Gründung der Bayerischen Chemieverbände zum 75. Mal gejährt.

Obwohl das eigentlich ein Anlass zum Feiern wäre, haben wir leider gerade ganz andere Themen. Die COVID-Pandemie ist immer noch nicht ganz ausgestanden und in Europa wird ein Krieg geführt, der schreckliches Elend verursacht und der auch konkrete Auswirkungen auf uns hat.

Doch wir wissen: In jeder Krise steckt auch eine Chance.

Auch wenn derzeit bei den meisten die Sorgen, vielleicht auch Zukunftsängste überwiegen, so sind es doch genau solche Überlegungen und Impulse, die oftmals einen Wandel zum Besseren bewirken.

»DIE LAGE IST ERNST.«

Ohne Frage: Die Lage ist ernst. Die Preise für Strom, Gas und andere Energieträger sind in den letzten Monaten steil nach oben gegangen. Mit dem neuerlichen Corona-Lockdown in China drohen weitere Gefahren für die weltweiten Lieferketten und Logistikkapazitäten. Zudem besteht das Risiko, dass die Gasversorgung aus Russland abbrechen könnte. Die Versorgungssicherheit bei einem der wichtigsten Produktionsfaktoren – Energie – ist gefährdet.

Das alles trifft uns in einer Zeit mit Inflationsraten von über 7%, sehr hohen Verschuldungsquoten in ganz Europa und einer nur begrenzt handlungsfähigen EZB. Es drohen Stagflation und Rezession. Gleichzeitig treibt die EU-Kommission Themen wie die EU-Taxonomie für Nachhaltig-

keit oder die Chemikalienstrategie mit unverminderter Geschwindigkeit voran, obwohl die Unternehmen statt zusätzlicher Belastungen dringend eine Pause bräuchten.

Seit sehr vielen Jahren bemühen wir uns, u.a. der Energiepolitik den richtigen Stellenwert und die richtige Richtung zu geben. Statt nur aus einer Gestealtungsform nach der anderen auszusteigen, hätte auch ein beherzter Einstieg in der nötigen Dimension in neue Energiequellen und –träger sowie die dafür notwendige Infrastruktur erfolgen müssen. Industriepolitik stand über lange Zeit nicht sehr weit oben auf der Agenda.

Jetzt, da Verlustängste in der Gesellschaft aufkommen, geht auch eine Tür für die Belange der Industrie auf. Darin liegt eine Chance. „Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung!“ Der Wert der Industrie für den Wohlstand wird hoffentlich wieder wahrgenommen.

» DER WERT DER INDUSTRIE FÜR DEN WOHLSTAND WIRD WIEDER
WAHRGENOMMEN. DARIN LIEGT EINE CHANCE.«

Wir sind möglicherweise inmitten einer Zeitenwende, einer Neuordnung im Wettbewerb der Regionen, einer Schubumkehr bei der Globalisierung, teils einer Entflechtung globaler Wertschöpfungsketten und Rückbesinnung auf eher regionale Produktion. Es rüttelt sich einiges neu. Gleichzeitig braucht unsere Energiewende einen neuen Kompass. Die Strategie, dass die Dunkelflaute mit Gaskraft überbrückt wird und das zusätzlich nötige Gas dafür über Nordstream 2 zu uns kommt, ist – zumindest vorerst – gescheitert. Woher soll also günstige und möglichst grüne Energie zukünftig kommen?

Andererseits stehen wir nicht am Rande einer neuen Weltwirtschaftskrise. Es gibt Probleme zu lösen, aber es erscheint auch nicht unmöglich, sie zu lösen. Ist das nicht auch die Kompetenz der Industrie – und gerade der Chemieindustrie?

Natürlich – wir brauchen entsprechende Rahmenbedingungen, um diese Kompetenz, diese Lust, Probleme zu lösen, auch wirksam werden zu lassen. Das geht nicht ohne die Politik – ganz im Gegenteil. Aber auch die Politik in Deutschland hat die Zeichen der Zeit erkannt.

Es kommt jetzt darauf an, dass wir uns zu Wort melden und der entstehenden Dynamik die richtige Richtung geben. Auch wenn dies zusätzliches Engagement zu den in der jetzigen Zeit ohnehin anspruchsvollen Aufgaben in den Unternehmen fordert, lohnt es sich.

» WIR MÜSSEN UNS ZU WORT MELDEN, UM DIE CHANCE ZU NUTZEN.«

Selbstverständlich melden sich die Bayerischen Chemieverbände angemessen zu Wort. Sie können in diesem Jahresbericht lesen, mit welchen Argumenten und Forderungen wir das tun und in den Kapiteln „Aus der Arbeit ...“ können Sie auch nachlesen, wie wir das tun. Dieser Jahresbericht gibt Ihnen also einerseits einen Einblick, wie der Verband arbeitet. Er ist gleichzeitig aber auch Positionspapier und kondensiert unsere Argumente – um der Branche das Sprechen mit „einer Stimme“ leichter zu machen und um der Politik und der Verwaltung zusätzlich zu den vielfältigen anderen Informationen einen Überblick über unsere Positionen und Argumente zu geben.

Dieser Jahresbericht richtet sich an unsere Mitglieder. Aber genauso richtet er sich an die Mitarbeiter in den bayerischen Ministerien, in den Bundesministerien, in den Behörden. Und er richtet sich selbstverständlich an die Politik insgesamt.

Worum geht es uns?

Wir sind überzeugt davon, dass für fast alle gesellschaftlichen Herausforderungen der heutigen Zeit eine starke Wirtschaft und vor allem auch eine starke Chemiebranche nötig ist. Fast alle technologischen Fragen sind ohne die Chemie nicht zu beantworten. Deshalb sind beste Rahmenbedingungen für die Chemie im Interesse der Gesellschaft.

1. Wir brauchen keine weiteren Restriktionen im Werkzeugkasten der Innovationswerkstatt, also keine weiteren Stoffverbote aus Brüssel – derzeit sogar am besten ein Moratorium, um weitere Belastungen der Branche aus dem Green Deal bzw. der EU-Chemikalienstrategie zu stoppen. Wir brauchen Technologieneutralität und Innovationsfreiheit für den Wandel der Industrie auf dem Weg zur Klimaneutralität.
2. Wir brauchen schnell einen wirksamen Carbon-Leakage-Schutz. Die derzeitigen Energiepreise lenken Investitionen von Europa weg. Damit wird

auch eine Transformation der Industrie in Richtung Klimaneutralität hierzulande schwierig. Ein „Industriestrompreis“, also ein für die Industrie auf Wettbewerbsniveau gedeckelter Strompreis, wäre ein gutes Instrument.

3. Wir brauchen einen Quantensprung in puncto Geschwindigkeit der Genehmigungsverfahren. Die Transformation der Industrie ist nicht nur eine Kostenfrage, sondern auch eine Zeitfrage. Das gilt für Stromtrassen genauso wie für Industrieanlagen, denn auch viele Industrieanlagen müssen „transformiert“ werden. Und natürlich gilt das auch für die Verkehrsinfrastruktur, etwa beim Bahnausbau (ABS 38!). Wenn Genehmigungsverfahren nicht dramatisch schneller werden, werden sie zum „Flaschenhals“ des Wandels und der Entwicklung.

»DIESER JAHRESBERICHT IST EBENSO POSITIONSPAPIER UND
RICHTET SICH AUCH AN BEHÖRDEN UND POLITIK.«

4. Wir brauchen auch in anderen Bereichen einen Befreiungsschlag in Sachen Bürokratie. Ein Bürokratieabbaubeauftragter reicht nicht. Entbürokratisierung muss schon im Gesetzgebungsverfahren angelegt und flächen- deckend institutionalisiert werden.
5. Wir brauchen eine Antwort auf die Frage, wie Prozesswärme in der Industrie zukünftig wettbewerbsfähig mit anderen Regionen auch in Deutschland ausreichend bereitgestellt werden kann. Wir brauchen insgesamt eine Neuordnung der deutschen und vor allem auch der bayerischen Energiepolitik. Wie soll der gesamte Endenergiebedarf – heute 2.500 TWh p.a. in Deutschland, 400 TWh in Bayern – klimaneutral und bezahlbar gedeckt werden? Lesen Sie mehr hierzu im Kapitel „Industriepolitik“.

Die Herausforderungen haben sich im Vergleich zum letzten Jahr nochmals deutlich erhöht. Aber ich nehme gleichzeitig größere Unterstützung für unsere Positionen und Argumente wahr.

Vielleicht liegt für unser 75-jähriges Jubiläum sogar eine Chance darin, dass wir ein bisschen später feiern und dafür klarer sehen, wo die Reise hingehen muss.



Ihr Christian Hartel
Vorsitzender des Vorstands



Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist schon verrückt! Da hätten wir letztes Jahr am 9. August 2021 die Gründung der Bayerischen Chemieverbände vor 75 Jahren feiern können. Stattdessen haben wir alle mit der beginnenden 4. Welle der Corona-Pandemie, ihren wirtschaftlichen Folgen und Einschränkungen gekämpft. Und als dann im Frühjahr alle die Nase von Corona endgültig voll hatten und sich berechnete Hoffnung auf ein nahendes Ende der Pande-

mie breitmachte, hat der russische Präsident am 24. Februar 2022 unter fadenscheinigen Gründen die Ukraine militärisch angegriffen. Mit seinem in dieser Art heutzutage für undenkbar gehaltenen Angriffskrieg in Europa hat er uns schlagartig klargemacht, wie kostbar und gleichzeitig fragil die von Frieden und wachsendem Wohlstand geprägte Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa – in deren Beginn auch die Gründung der Bayerischen Chemieverbände fällt – im Grunde war und immer noch ist. Viel wurde seit-her von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Nichts ist mehr so, wie es vorher war oder zumindest schien, auch wenn dies manchem erst langsam be-wusst wird.

»DER BEGINN DES KRIEGES GEGEN DIE UKRAINE IST TATSÄCHLICH EINE ZEITENWENDE.«

Ich denke, Sie können alle nachvollziehen und haben Verständnis dafür, dass wir uns angesichts dieser Situation, in der plötzlich ganz grundlegend neue Fragen auf der Tagesordnung standen, bisher keine großen Gedanken mehr gemacht haben, wie wir jetzt unser Verbandsjubiläum nachfeiern können. Und dennoch: Auch wenn uns der Kopf nicht nach Feiern steht, so sind wir – bei aller Bescheidenheit – doch sehr stolz auf das, was unsere Vorgänger und auch wir selbst in diesem dreiviertel Jahrhundert Verbandsarbeit für unsere Branche und unsere Mitgliedsunternehmen geleistet haben. Und ich empfinde es als große Ehre, dass ich hier über mittlerweile fast zehn Jahre

als Teil dieses hervorragenden Verbandsteams ebenfalls meinen bescheidenen Beitrag leisten durfte.

Wir haben diesem 75. Jahrestag daher zumindest ein Kapitel dieses Jahresberichts gewidmet mit einigen interessanten Informationen und vielen weiterführenden Verweisen für all diejenigen, die sich mit unserer Geschichte näher beschäftigen wollen. Denn es ist eine sehr spannende Geschichte, die – gerade bei den Themen Infrastruktur und sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Kosten als Grundlage eines prosperierenden Industrielandes – verblüffende Parallelen zu brandaktuellen Fragestellungen aufweist.

» 75 JAHRE BAYERISCHE CHEMIEVERBÄNDE – EINE SPANNENDE GESCHICHTE MIT VIELEN PARALLELEN ZU AKTUELLEN FRAGESTELLUNGEN «

Und ich spüre auch, dass wir alle, die wir in diesen 75 Jahren haupt- oder ehrenamtlich in der Verbandsarbeit aktiv waren, uns über die vergangenen Jahrzehnte einen Ruf als vertrauenswürdiger, konstruktiver und verlässlicher Gesprächs- und Verhandlungspartner erworben haben. Denn wir haben einer beratungsoffenen Politik mit Fachkompetenz, Branchenkenntnis und dem Wissen über Sach- und Wirkungszusammenhänge nicht nur frühzeitig die Folgen ihres Tuns und ihres Unterlassens aufgezeigt, sondern immer auch Lösungsvorschläge angeboten. Auch wenn hier teilweise „sehr dicke Bretter gebohrt“ werden müssen. Aber man kennt uns ja als leidenschaftliche Kämpfer für die Interessen unserer Branche und der Mitgliedsunternehmen, die wir vertreten. Denn wir sind zutiefst überzeugt davon, dass unsere Unternehmen als Teil der **#Lösungsindustrie** nicht nur einen wertvollen Beitrag für die Bewältigung vieler Herausforderungen unserer Zeit leisten. Sie sichern auch die Lebensgrundlagen, Arbeitsplätze und den Wohlstand unseres Freistaates Bayern und der Menschen, die hier leben.

Und weil das so ist, werden wir auch jetzt nicht müde, uns weiterhin mit aller Kraft für eine gute Zukunft unseres Industrielandes Bayern einzusetzen. Denn leider hat dieser Krieg in Europa uns allen noch einmal drastisch vor Augen geführt, woran unsere Zukunft, unsere Arbeitsplätze und unser Wohlstand im Industrieland Bayern und Deutschland hängen. Dabei hat z.B. die Diskussion um ein mögliches Gasembargo gezeigt, wie unterentwickelt das

Verständnis für systemische Zusammenhänge industrieller Produktions- und Wertschöpfungsketten mit all ihren Sekundär- und Tertiäreffekten für die gesamte Wirtschaft selbst in Teilen der volkswirtschaftlichen Elite mit ihren offenbar unzulänglichen theoretischen Modellen, aber hohen moralischen Ansprüchen immer noch ist. Und es offenbart auch ein fehlendes Bewusstsein für die daraus resultierenden Folgen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, wenn er denn auf diese harte Probe gestellt würde.

»DIE FOLGEN EINES BRUCHS INDUSTRIELLER PRODUKTIONS- UND WERTSCHÖPFUNGSKETTEN FÜR DIE GESAMTE WIRTSCHAFT WIRD MASSIV UNTERSCHÄTZT!«

Mein hoher Respekt gilt hier daher den politisch Verantwortlichen, die zwar aus ihrer inneren Zerrissenheit keinen Hehl machen, aber dennoch handelnd die richtigen Prioritäten setzen. Auch wir spüren diese innere Zerrissenheit angesichts des Leides in der Ukraine. Aber es ist ein Gebot praktischer Vernunft, jetzt kühlen Kopf zu bewahren, die richtigen Entscheidungen zu treffen und diese auch umzusetzen! Denn mit einem sukzessiven Zusammenbruch unserer Wirtschaft, der die Folge eines unvorbereiteten akuten Ausfalls der Gasversorgung wäre, ist niemandem gedient. Mit dem Ausrufen der 2. Alarmstufe beim Notfallplan Gas am 23. Juni durch Bundeswirtschaftsminister Habeck ist dies vielleicht vielen endlich klar geworden.

Und diese notwendigen Entscheidungen und deren noch dringendere Umsetzung betreffen nicht nur die künftige sichere Energie- und Rohstoffversorgung zu international wettbewerbsfähigen Kosten als zwingende Voraussetzung für die bereits angestoßene Transformation der Wirtschaft zum Erreichen der Klimaziele. Sie betreffen auch die dafür notwendige massive Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für die notwendige Änderung industrieller Prozesse und Anlagen. Und wenn wir ehrlich sind, dann sind diese Herausforderungen nicht neu. Denn sie lagen alle bereits vor Ausbruch des Krieges lange auf dem Tisch.

Dass die gesteckten Ziele aber nur mit Technologieoffenheit und Innovationen erreichbar sind, ist offenbar noch nicht allen klar. Ich denke hier insbesondere an die ungebremsste Regulierungswut in Brüssel. Am Beispiel der europäischen Chemikalienstrategie wird deutlich, wie eine Abkehr von einer risikobasierten Betrachtung chemischer Stoffe und deren potentiell

Verbot das Bereitstellen innovativer Lösungen massiv gefährdet oder sogar unmöglich macht.

Leider läuft die europäische Regulierungsmaschinerie auch in anderen Bereichen trotz der aktuellen Entwicklungen mit Vollgas weiter. Wir brauchen hier dringend ein Umdenken und ein Belastungsmoratorium!

Wie Sozialpartner in dieser schwierigen und von massiver Unsicherheit geprägten Situation auf dem Feld der Tarifverhandlungen zu bemerkenswerten Ergebnissen kommen können, hat wieder einmal die chemische Industrie bewiesen.

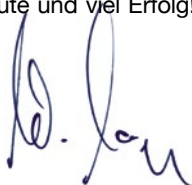
» DIE CHEMIE-SOZIALPARTNER HABEN EINE TARIFPOLITISCHE
ANTWORT AUF DIE MAXIMALE UNSICHERHEIT GEFUNDEN.«

In einer Zeit, in der nicht nur das Damoklesschwert eines drohenden Lieferstopps für Gas und brechender Lieferketten über den Unternehmen hängt, sondern alle mit geradezu explodierenden Kosten in den Bereichen Energie, Rohstoffe und Logistik konfrontiert werden und die Beschäftigten mit einem massiven Anstieg der Verbraucherpreise kämpfen, ist es den Tarifparteien der chemischen Industrie gelungen, mit ihrem „Brücken“-Abschluss“ im wahren Sinne des Wortes Zeit zu „kaufen“ und gleichzeitig die temporären Belastungen der Beschäftigten abzufedern. Aber auch hier wird es spannend, wie es im Herbst weitergeht und ob wir gemeinsam nicht nur eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale verhindern können, sondern auch einen Beitrag dazu leisten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Branche zu sichern. Mehr dazu im Kapitel „Tarifpolitik“.

Es bleibt also in jeder Hinsicht anspruchsvoll! Leider mehr, als wir uns alle gewünscht und erhofft haben. Und dennoch: Wir bleiben zuversichtlich! Denn wir vertreten die #Lösungsindustrie! Und darauf sind wir stolz!

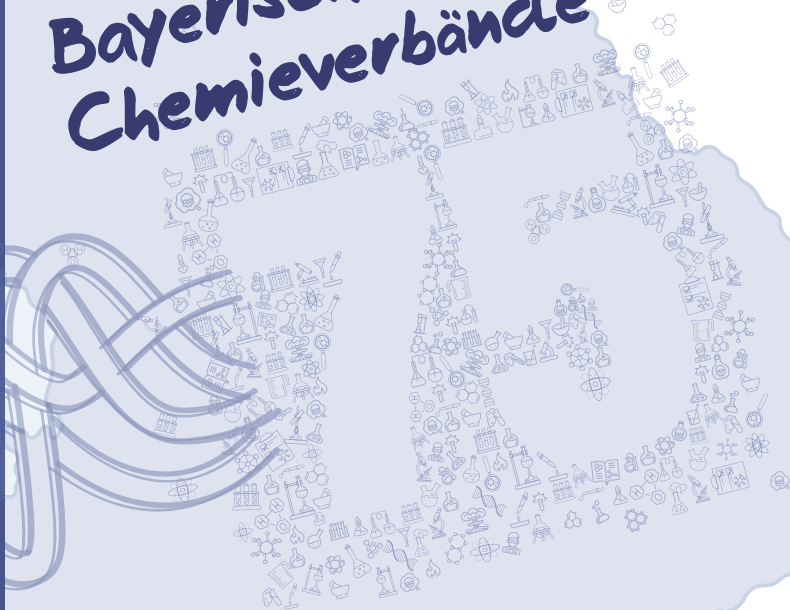
Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. Vielen Dank für Ihr positives Feedback. Alles Gute und viel Erfolg! Auf eine gute Zukunft und auf die nächsten 75 Jahre!

Ihr
Walter Vogt
Hauptgeschäftsführer



75 Jahre Bayerische Chemieverbände

75 Jahre
Bayerische
Chemieverbände



*Ob Vergangenheit, Gegenwart
oder Zukunft - eine starke
Chemieindustrie war, ist und
bleibt elementar für Bayern!*

Am 9. August 2021 sind die Bayerischen Chemieverbände 75 Jahre alt geworden. Ein Grund zum Feiern! – Eigentlich.

»75 JAHRE BAYERISCHE CHEMIEVERBÄNDE – EIN JUBILÄUM IM KRISENMODUS«

Aber nach einer Feier, einer Festschrift, einer Veranstaltung – nach all dem stand uns ehrlich gesagt nicht so recht der Sinn. Der Herbst 2021 war noch von der Pandemie und von Auflagen im Infektionsschutz geprägt, die einen Festakt schwierig, ja unmöglich gemacht hätten. Ganz abgesehen davon, dass wir auch mit Blick auf die Ansteckungsgefahr kein gutes Gefühl gehabt hätten. Und jetzt, da sich die Situation der COVID-19-Pandemie langsam bessert, wird Europa von einem Krieg heimgesucht und wir stehen – insbesondere mit Blick auf die Energie- und Rohstoffversorgung – wirklich vor einer Zeitenwende. Die Chemiebranche hat gerade andere Sorgen, als das Jubiläum der Bayerischen Chemieverbände zu feiern. Und wir im Verband leider auch.

Andererseits wollen wir dieses Jubiläum auch nicht verschweigen, nicht kleinreden, nicht unterbewerten. Die Bayerischen Chemieverbände haben eine bewegte und spannende Geschichte. Sie haben die Entwicklung der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mitbegleitet. Von den Anfängen, dem Wiederaufbau nach dem Krieg über den großen Industrialisierungsschub in den 60er, 70er und 80er Jahren – weg vom Agrar- und hin zum Industrieland Bayern – bis zum nun bevorstehenden Strukturwandel hin zur Klimaneutralität.

Im November 1945 erteilte der damalige bayerische Wirtschaftsminister, Dr. Ludwig Erhard, die Bestätigung zur Gründung einer wirtschaftlichen Vereinigung der chemischen Industrie. Am 9. August 1946 gründeten dann 250 Firmen im Großen Saal des Münchner Rathauses den Chemieverein. Im Mai 1965 erfolgte die Aufgliederung in eine wirtschafts- und tarifpolitische Interessenvertretung, also in den VCI-Landesverband Bayern und den Verein der Bayerischen Chemischen Industrie, den VBCI.

Schon zum 25. Jubiläum der Gründung gab es eine Festschrift, die ebenso detailliert wie eindrucksvoll das erste Vierteljahrhundert der Verbandsgeschichte dokumentiert – eine Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg. Ein

höchst lesenswertes, geschichtsträchtiges Dokument, das nicht nur Aufschluss über den Ursprung der heutigen „Chemieverbändelandschaft“ gibt, sondern auch die Entwicklung der Branche sowie deren Herausforderungen in dieser spannenden Zeit dokumentiert. Diese Rückschau in die Geschichte ist auch deswegen so interessant, weil sie doch erstaunlich viele Parallelen zu den heutigen Herausforderungen zu Tage bringt – sei es mit Blick auf die Bürokratie oder auch Fragen der Rohstoff- und Energieversorgung.

Zum 50. Jubiläum haben sich unsere Vorgänger dann entschlossen, statt einer historischen Aufarbeitung einen Blick in die Zukunft zu wagen. Die Vorträge des Festakts wurden später gebunden und bieten eine hochinteressante Einschätzung der Zukunftserwartungen der damaligen Zeit.

Beide Dokumente geben als Vierteljahrhundert-Meilensteine also eine gute Übersicht der Zeit von 1946 bis 1996. Einen Überblick über die 75-jährige Geschichte der Bayerischen Chemieverbände inkl. der Festschriften, Reden, Jahresberichte, Personalien und sonstigem Wissenswerten erhalten Sie, wenn Sie auf den nebenstehenden QR-Code mit dem QR-Scanner Ihres Smartphones gehen.



Nun wäre der Versuch, auf den begrenzten Seiten dieses Jahresberichtes ebenfalls eine historische Einordnung der letzten 25 Jahre – 1996 bis 2021 – vorzunehmen sowie die Rolle der Chemieverbände darin hochverdichtet zu beschreiben, nicht nur vermessen, sondern auch unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Daher haben wir uns bewusst dagegen entschieden. Freilich sind diese spannende Zeit wie auch die Themen, die die Branche bewegt haben und noch immer bewegen, keineswegs undokumentiert geblieben. Ganz im Gegenteil: Die Jahresberichte – bis 2013 noch in Form eines Leporellos – geben hier ein umfassendes Bild zu den Themen dieses Vierteljahrhunderts der Verbands- und Branchengeschichte und sind mittlerweile auch in digitaler Form verfügbar.

» DIE CHEMIEVERBÄNDE HABEN EINE BEWEGTE UND SPANNENDE GESCHICHTE, DIE AUCH GUT DOKUMENTIERT IST.«

Wir möchten allerdings auch nicht gänzlich ausschließen, dass wir in den kommenden Jahren nochmals in einem separaten Dokument das 75-jährige Jubiläum aufarbeiten – über die Priorisierung eines solchen Ansinnens wird aber wohl die Entwicklung mit Blick auf die aktuellen Krisen entscheiden.

Anstatt einer historisch-thematischen Einordnung insbesondere der letzten 25 Jahre haben wir uns entschieden, in diesem Kapitel – in der gebotenen Kürze – unser Augenmerk auf den Wandel der Bayerischen Chemieverbände als Organisation zu richten. Natürlich sind auch die Entwicklungen in den Verbänden stark von der Entwicklung der Gesellschaft insgesamt geprägt.

»DIE VERÄNDERUNGEN DER LETZTEN 25 JAHRE SIND WESENTLICH DURCH DIE DIGITALISIERUNG GEPRÄGT.«

Vor 1996 gab es im Grunde noch kein Internet. Und auch E-Mail – man mag es kaum glauben – steckte noch in den Kinderschuhen. Es regierte das Fax! Erst Ende 1996 wurden damals die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Computer und einer E-Mail-Adresse ausgestattet. Man hatte sich einige Zeit gefragt, ob es überhaupt nötig sei, sich elektronische Nachrichten von Zimmer zu Zimmer zu schicken, oder ob es nicht einfacher wäre, über den Flur zu rufen. Seither hat sich in puncto IT die Welt verändert. Die damals nicht vernetzten Schreibautomaten – eine Art Schreibmaschine mit Display – wurden zunächst ersetzt durch vernetzte PCs und Laserdrucker. Heute ist eine komplett vernetzte Büroinfrastruktur mit digitalen Prozessen und einer Anbindung ans Home Office keine besondere Nachricht mehr wert.

Auch die Mitgliederverwaltung, die anfangs über die sogenannte Adrema (Adressiermaschine) erfolgte, ist natürlich längst auf eine Customer-Relation-Management-Software umgestellt. Allein als „customers“/Kunden begreifen wir unsere Mitglieder allerdings trotzdem nicht, eher als Teil der Familie – auch wenn wir uns im Verband immer als Dienstleister sehen.

Die Adrema war ein umfangreiches Set von Blechtäfelchen, auf denen jeweils eine Mitgliedsanschrift eingeprägt war. Bei der Neuaufnahme mussten Mitglieder 5 DM für deren Erstellung bezahlen. Je nach Zugehörigkeit zum Vorstand oder bestimmten Gremien hatten die Blechtäfelchen kleine Nasen am Rand, die ein versierter Mitarbeiter zum Sortieren der Täfelchen für die Vorbereitung eines Rundschreibens genutzt hat. Aufwändig wurden die Täfelchen dann zum Adressdruck auf die Kuverts genutzt. Das waren noch Zeiten!

Bei allen Digitalisierungsanstrengungen sind es aber – damals wie heute – natürlich die Menschen „dahinter“, die haupt- und ehrenamtlich Beschäftigten

und Mitwirkenden, die den Verbänden ein Gesicht und eine Seele geben. Eine kleine Zeitreise des Wandels haben wir, wie bereits erwähnt, auf unserer Webseite zusammengestellt. An dieser Stelle möchten wir daher nur einige wenige statistische Zahlen herausgreifen. Der Blick auf das hauptamtliche Verbandsteam in der Innstraße zeigt: 1996 hatten wir noch 19 Kolleginnen und Kollegen, davon 15 im VBCI und 4 im VCI, auch wenn die Aufteilung auf die beiden Verbände damals schon nicht trennscharf war. Heute arbeiten insgesamt 27 Menschen in der Innstraße 15 – oder im Home Office – ein Teil davon, heute wie damals, auch für unseren Schwesterverband KVI.

Die Zahl der Mitgliedsunternehmen der Bayerischen Chemieverbände hat sich dabei in den letzten 25 Jahren von ca. 340 auf 430 mit derzeit rund 90.000 Beschäftigten erhöht. Der Umsatz der Branche hat sich in dieser Zeit auf ca. 20 Mrd. Euro in etwa verdoppelt. Was sich aber vor allem erhöht hat, ist die Regelungsdichte und Komplexität und damit auch unser Arbeits- und Beratungsaufwand für die Mitgliedsunternehmen.

Natürlich hat sich auch die Kommunikation mit den Mitgliedsfirmen in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten gewandelt – sowohl, was die Medien, als auch, was den Umfang angeht. In den 90ern gingen seitens des VBCI noch Papierrundschreiben mit den wichtigsten Informationen an unsere Mitglieder. Es gab rote Rundschreiben zu sozialpolitischen Themen, gelbe Rundschreiben zur Tariflage und blaue Rundschreiben mit Informationen zu Veranstaltungen, Terminen und allen anderen Fragen.

» DIE REGELUNGSDICHTE UND DIE MENGE DER ZU VERBREITENDEN INFORMATIONEN HAT SICH VERVIELFACHT.«

Um mit der Entwicklung des Internets Schritt zu halten, hat 2005 der VBCI sein Extranet mit einem umfangreichen digitalen Informationsangebot für die Mitglieder an den Start gebracht und in der Folge wurde immer stärker auf elektronische Kommunikation umgestellt. Ganz bewusst – auch um uns vielleicht ein Stück abzuheben und in der mittlerweile herrschenden „E-Mail-Flut“ nicht unterzugehen – gibt es das sog. „Journal“ aber weiterhin als Papierversion. Seit einigen Jahren titelt es aber nicht mehr mit juristischen Fragen, sondern mit pointierten politischen Kommentaren.

Die Information der Mitglieder des VCI-Landesverbands erfolgte 1996 im Wesentlichen noch durch die sog. „Kurzinformationen“ – postalische Rundschreiben mit einem blauen Deckblatt (Inhaltsverzeichnis), die im monatlichen Rhythmus verschickt wurden. Wollte man vertiefende Informationen haben, konnte man zu bestimmten Themen ein „Anforderungsfax“ an den Verband schicken. Die „Kurzinformationen“ waren allerdings schon vor 10 Jahren nicht mehr kurz. Eine typische „Kurzinfor“ bestand aus etwa 20 DIN-A4-Seiten – eng bedruckt. 2019 wurde aber auch hier mit unserem Extranet vollständig auf elektronische Information umgestellt. Seither wird jedwede neue Information als Artikel aufbewahrt und im wöchentlichen Takt werden neue Artikel mit wichtigen Informationen an alle Abonnenten per E-Mail verschickt. Waren es 1996 noch etwa 10 bis 20 Artikel im Monat, so sind es heute in der Regel weit über 100. Auch dies zeigt, wie komplex unsere Welt geworden ist.

Und natürlich hat sich auch die Öffentlichkeitsarbeit stark gewandelt. In den 90ern waren noch vor allem persönliche Gespräche mit Politikern und ab und an mit Journalisten das Hauptarbeitsfeld, zwischenzeitlich sind zahlreiche weitere „Kommunikationskanäle“ hinzugekommen. Selbstverständlich ist uns das persönliche Gespräch mit Amts- und Mandatsträgern – auch mit Journalisten – nach wie vor sehr wichtig. Aber es gibt im Unterschied zu 1996 mittlerweile auch mehrere gut gepflegte Webseiten, auf denen der interessierte Leser unkompliziert zu unseren Positionen und Argumenten sowie zu unseren Angeboten für Schulungen, Seminare etc. gelangt.

Ein moderner Verband kommt auch an „Social Media“ nicht vorbei. Seit 2019 betreiben wir einen Verbands-Twitter-Account, beteiligen uns an Blogs (Azubiblog) oder Informationswebseiten wie Elementare Vielfalt (EIVi). LinkedIn spielt für uns ebenfalls eine immer wichtigere Rolle.

Man sieht es in allen Facetten: Die Digitalisierung hat in den letzten 25 Jahren das Arbeiten in den Büros umgekrempelt – natürlich nicht nur bei uns.

Was ist gleich geblieben?

Nach wie vor ist das persönliche Gespräch der wichtigste Teil unserer Kommunikation. Was nämlich seit 75 Jahren unverändert ist: Wir achten in höchstem Maße darauf, dass wir immer als kompetenter, seriöser und vertrauenswürdiger Gesprächspartner wahrgenommen werden. Der essenzielle Teil ist

dabei selbstverständlich, dass die Informationen, Argumente und Aussagen, die man von uns bekommt, belastbar, korrekt und angemessen sind. Ähnlich relevant ist aber auch, dass wir uns nicht hinter Broschüren und Webseiten in der Anonymität verstecken, sondern offen, klar und unverstellt zu unseren Aussagen und Argumenten stehen. Und das geht nach wie vor am besten im persönlichen Gespräch.

» WIR SIND EIN STARKES, HOCHENGAGIERTES TEAM UND ES SIND DIESE MENSCHEN, DIE DEN UNTERSCHIED AUSMACHEN.«

Und natürlich hat sich bei aller Digitalisierung auch eines nicht verändert: Hinter allen Tweets, Webseiten, Mailings, Webinaren und Co., kurz – hinter allem, was wir als Verbände für unsere Mitglieder tun, stecken „echte Menschen“. Wir sind ein starkes, hochengagiertes Team, in dem jede und jeder einen wertvollen Beitrag zum Gesamterfolg leistet. Und es sind diese Menschen, die den Unterschied ausmachen! Die Beratung und Unterstützung der Mitgliedsunternehmen mit Leidenschaft, Herz und Verstand stehen in diesem Team seit über 75 Jahren – und auch in Zukunft – an oberster Stelle.

Worum hat es sich inhaltlich in all den Jahren gedreht?

Gerade die letzten 25 Jahre sind diesbezüglich in unseren Jahresberichten sehr gut dokumentiert, weshalb wir auch schwerpunktmäßig hierauf verweisen wollen. Dabei sind die Jahresberichte nicht nur eine Bilanz des jeweiligen Geschäftsjahres, sondern vielmehr und in erster Linie auch eine klare Beschreibung unserer Positionen. Wir wollen dieses Kapitel aber freilich nicht gänzlich ohne eine – zumindest kursorische und sicherlich nicht vollständige – thematische Einordnung beschließen. Dabei hat sicher jede Zeit ihre Herausforderungen und man mag naturgemäß dazu neigen, die gegenwärtigen als die bislang drängendsten und größten zu beschreiben.



Mit Blick auf die aktuellen Krisen mag das aber nicht alleine der Gegenwarts- und Zukunftsverbundenheit des aktuellen Verbandsteams geschuldet sein. Denn die Situation ist – ganz objektiv – ernst. Und wie wahr der Begriff „Zeitenwende“ ist, wird manchem erst so langsam klar.

Die letzten 25 Jahre waren Jahre der Energie- und Klimapolitik, der Energie- wende. Es zeigt sich nun infolge des Ukrainekrieges, in welches Dilemma uns

der deutsche, oftmals ideologisch begründete Sonderweg mit wesentlichem Fokus auf Ausstiegspläne ohne zeitsynchronen Aufbau der Alternativen geführt hat. Besonders für Bayern werden die Energieversorgungssicherheit, aber natürlich auch die Bezahlbarkeit zunehmend zur Schicksalsfrage des Industriestandorts. Das gilt zum einen kurzfristig mit der Sorge um die Gasversorgungssicherheit, aber auch langfristig mit Blick auf die Klimaziele: Woher wird die in einem Industrieland erforderliche klimaneutrale Energie, in welcher Form und in ausreichenden Mengen kommen? Und zu welchem Preis? Hier sind leider noch (zu) viele Fragen offen.

» DIE ENERGIEPOLITIK HAT IN DEN LETZTEN JAHRZEHNEN EINE HERAUSRAGENDE ROLLE IN DER VERBANDSARBEIT GESPIELT.«

Daneben fehlen uns bis dato schlichtweg die Rahmenbedingungen für eine schnelle Umsetzung. Denn nicht zuletzt die Europäisierung des Umweltrechts hat uns im Resultat in eine Komplexitätsfalle geführt, die in eines der langwierigsten und kompliziertesten Zulassungsregimes gemündet hat. Planbar schnelle Umsetzung von Industrie- und Infrastrukturprojekten? Leider Fehlanzeige. Und wenn doch, droht postwendend die Klage einschlägiger Umweltorganisationen, wie es an den Diskussionen zur schnellen Genehmigung von LNG-Terminals, um die Folgen der Sanktionen gegen Russland auszugleichen, exemplarisch zu sehen ist. Dem berechtigten und notwendigen Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit begegnet die Politik dabei mit immer kleinteiligerer, planwirtschaftlicher Regulierung (wie am Beispiel „Sustainable Finance“ zu sehen) und schafft dabei immer krassere Schutzzielkonflikte. „Bestes“ Beispiel ist die EU-Chemikalienstrategie, bei der völlig verkannt wird, dass „gefährliche Stoffe“ und Nachhaltigkeit untrennbar verknüpft sind.

Neben der Umwelt-, Energie- und Stoffpolitik hat sich in den letzten Jahren natürlich auch auf dem Feld der Tarifpolitik einiges getan. Und die Tarifpolitik in der chemischen Industrie, an der wir als bayerischer Arbeitgeberverband maßgeblich beteiligt waren, hat hier in Summe vieles richtig gemacht.

Denn die Herausforderungen waren enorm. Vor 25 Jahren kursierte das Bild von Deutschland als dem „kranken Mann Europas“, das seine internationale Wettbewerbsfähigkeit sukzessive verspielt hatte und vor einem riesigen Reformstau stand. Man denke nur an die berühmte „Ruckrede“, die der damali-

ge Bundespräsident Roman Herzog am 26. April 1997 im Hotel Adlon mit einer schonungslosen Bilanz und drastischen Forderungen nach Veränderung hielt. Oder an die „Agenda 2010“, die der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder dann im März 2003 vorstellte. Oder die durch die Lehman-Pleite ausgelöste weltweite Finanzkrise im September 2008.

»FÜR VIELE HERAUSFORDERUNGEN HABEN DIE CHEMIE-SOZIALPARTNER INNOVATIVE ANTWORTEN GEFUNDEN.«

Gemeinsam haben die Chemie-Tarifparteien schon sehr früh auf den internationalen Standortwettbewerb, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitgliedsunternehmen und den strukturellen Wandel der Arbeitswelt reagiert. Man denke nur an den „Solidarpakt für Standortsicherung und Beschäftigungsförderung in der chemischen Industrie“ aus dem Jahr 1996. Daneben stellten später die Bewältigung der Finanzkrise und die Folgen der Pandemie die Sozialpartner vor weitere Herausforderungen.

Entscheidend für eine zukunftsfähige Tarifpolitik und Standortsicherung war und ist dabei vor allem die Flexibilisierung der Flächentarife, wie sie in der Chemie bereits frühzeitig eingeleitet wurde. Öffnungsklauseln, Differenzierungsmöglichkeiten und die Option unternehmensbezogener Verbandstarifverträge sind dabei wichtige und hilfreiche Instrumente zur Lösung struktureller Fragestellungen innerhalb der Branche sowie für Mitgliedsunternehmen, die in wirtschaftlich schwierigen Situationen mit den generellen Regelungen des Flächentarifvertrags überfordert sind und im internationalen Wettbewerb am Standort Deutschland bestehen müssen. Deshalb waren es vor allem die verschiedenen Flexibilisierungsmöglichkeiten auf der Kostenseite, die den Tarifverträgen in der Chemie eine Ausnahmestellung in der Tariflandschaft verschafft haben und die damit zum Vorbild für manche Veränderung auch in anderen Branchen wurden und bis heute sind.

Aber auch auf andere gesellschaftliche Herausforderungen wie z.B. die steigende Arbeitslosigkeit – insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit –, die sich später abzeichnende problematische demografische Entwicklung und den damit drohenden Fachkräftemangel, das Thema betriebliche Altersversorgung sowie die Digitalisierung der Arbeitswelt haben die Chemie-Sozialpartner zahlreiche innovative Antworten gefunden. Und sie haben wichtige Weichen gestellt. Man denke nur an den Tarifvertrag „Zukunft durch

Ausbildung“ oder den Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ – allesamt Meilensteine einer zukunftsweisenden Tarifpolitik, die uns allenthalben sehr viel Respekt eingebracht hat. Oder die zusammen mit unserem Sozialpartner entwickelten Konzepte zu WORK@industry4.0. Nicht zu vergessen unsere gemeinsamen Antworten auf die lauter werdenden Forderungen nach einer nachhaltigeren Wirtschaft: „Chemie³“ – um nur einige wenige zu nennen.

Aber es war trotz aller tariflicher Innovationen am Ende auch die Zeit, in der wir uns mit zunehmender Komplexität der Tarifregelungen selbstkritisch die Frage gestellt haben, ob wir mit unseren Tarifvereinbarungen noch alle unsere Mitglieder – die großen und die kleinen, die starken und die schwachen – erreichen und mitnehmen und ob der Flächentarifvertrag nicht vor einer echten Zerreißprobe steht. Auch darauf versuchen wir jetzt Antworten zu geben, die uns in eine gute Zukunft führen.

» WIR BRAUCHEN AUCH IN DEN NÄCHSTEN 75 JAHREN EINE STARKE CHEMIEINDUSTRIE!«

Es war also in jeder Hinsicht sehr viel geboten in den letzten 25 Jahren! Und trotz aller wirtschafts-, tarif- und sozialpolitischen Herausforderungen – sogar gerade deswegen – ist es umso wichtiger, sich in Erinnerung zu rufen, dass die Chemie für viele gesellschaftliche Herausforderungen DER Problemlöser ist – ohne Chemie geht es nicht! Es gilt, diesen Wert der **#Lösungsindustrie** in einer „stolzen Selbstbescheidung“ – so wurde es uns von Kommunikationsexperten und Psychologen geraten – der Gesellschaft zu verdeutlichen, damit auch weiterhin hierzulande die Innovationen als Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen entwickelt werden können. Es muss auch heute wieder „ein Ruck“ durch die Gesellschaft gehen. Alle müssen erkennen, dass ein Industrieland tatsächlich ein Wohlstandsbringer für seine Einwohner ist. Kaufkraft, Gesundheitsversorgung, Umweltschutz, Bildungsqualität, Entwicklungsmöglichkeiten, Kulturangebot und viele andere Elemente der Lebensqualität hängen unmittelbar am Industrialisierungsgrad. Und die Chemiebranche ist die Herzkammer der Industrie, der Ideengeber, der Innovationstreiber, aber auch der Grundversorger und Materiallieferant – die „Industrie der Industrie“. Wir wollen – die Gesellschaft will – auch für die nächsten 75 Jahre eine starke Chemiebranche. Vielleicht weiß sie es nur noch nicht.

Die Sorgen um
die Zukunft
sind groß!



Das Jahr 2021 und sogar
der Anfang von 2022 waren
gut. Aber die Lage an den
Energienmärkten und die Frage der
Versorgungssicherheit mit Gas
sind sehr ernst. Die Sorgen, in eine
Rezession zu geraten, sind gross.

Wirtschaftliche Lage

Nach dem Corona-Krisenjahr 2020 verlief das Jahr 2021 für viele Unternehmen der Branche überraschend gut. Trotz der Einschränkungen durch Infektionsschutz, der direkten Auswirkungen der Pandemie und der Lieferengpässe sowie gegen Ende des Jahres schon deutlich angestiegener Energiepreise konnte die Branche in Deutschland eine starke Bilanz für 2021 ziehen. Die Produktion stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,3%. Ohne Pharma belief sich das Mengenwachstum auf 5,1%. Nahezu alle Sparten bis auf das Segment Körperpflege und Waschmittel (-1,8%) profitierten von der Entwicklung. Ein besonderes Plus mit einem Zuwachs von 16,3% bei den Absatzmengen erzielte die Produktgruppe der Polymere. Der Branchenumsatz legte aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs der Erzeugerpreise (+9,3%) im Jahresverlauf um 19,2% auf 227 Mrd. Euro zu. Das Auslandsgeschäft entwickelte sich dynamisch (+18%) und steuerte mit 140 Mrd. Euro fast zwei Drittel (62%) zum Gesamtergebnis bei. Die Zahl der Beschäftigten in den Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie stieg um 1,9% auf jetzt 473.194 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

» DAS JAHR 2021 WAR EIN ÜBERRASCHEND GUTES JAHR FÜR DIE BRANCHE.«

Diese Zahlen sagen freilich nur bedingt etwas über die Margen, denn gleichzeitig stiegen die Kosten für Naphtha um 70% und damit auch für viele wichtige organische Rohstoffe. Auch viele weitere Rohstoffe stiegen im Preis.

Das erste Quartal 2022 war ebenfalls insgesamt zufriedenstellend. Offensichtlich konnten Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen rechtzeitig an die Kunden weitergegeben werden. Die Engpässe bei Logistik und Vorprodukten sowie kräftig steigende Energie- und Rohstoffkosten machten der Branche aber zunehmend zu schaffen. Die Nachfrage nach chemisch-pharmazeutischen Produkten blieb zwar hoch und die Auftragsbücher füllten sich weiter. Doch wegen der Störungen in der Lieferkette konnte die Produktion nur noch wenig ausgeweitet werden – ohne Pharma sank sie sogar um 3%. Die Kapazitätsauslastung ging zurück. Kostensteigerungen konnten nicht mehr in vollem Umfang an die Kunden weitergereicht werden. Dadurch gerieten die Gewinnmargen unter Druck.

Die Zahlen für Bayern bewegen sich ganz analog zu den Zahlen im Bund. Für weitere Details sei auf die tabellarische Darstellung auf S. 74/75 verwiesen.

Noch zu Jahresbeginn waren die Unternehmen trotz der genannten Schwierigkeiten überwiegend zuversichtlich gestimmt. Sie gingen davon aus, dass sich die Auftriebskräfte im Jahresverlauf allmählich durchsetzen würden, denn das Pandemiegeschehen machte Hoffnung auf eine wirtschaftliche Erholung. Die Situation hat sich mit dem Kriegsbeginn in der Ukraine am 24. Februar grundlegend geändert.

Krieg und Sanktionsmaßnahmen werden ganz unausweichlich deutliche Spuren in der Weltwirtschaft hinterlassen. Die Inflation wird weiter Auftrieb erhalten. Die neuen und komplexen Unsicherheiten werden Konsum, Investitionen und damit das Wachstum dämpfen. Viele Kostensteigerungen sind wegen langfristiger Lieferverträge bisher auch noch nicht vollständig wirksam geworden. Das wird sich ändern.

Statt des erhofften „endemischen Aufschwungs“ steht uns in Europa eine Rezession ins Haus. Nach einer Blitzumfrage des VCI rechnen 54% der Mitgliedsunternehmen mit einem Rückgang von Umsatz und Produktion für 2022. Vor dem Ukrainekrieg glaubte noch gut die Hälfte an ein Umsatzplus.

»EUROPA STEHT EINE REZESSION INS HAUS.«

Der durch den Krieg ausgelöste massive Anstieg der Energiepreise belastet vor allem die energieintensiven Teile der deutschen Wirtschaft. Hierzu zählt auch unsere Branche – vor allem die Grundstoffchemie. Bereits vor Kriegsausbruch haben die Strom- und Gaspreise für industrielle Kunden stark angezogen. In den letzten Wochen hat sich die Situation weiter verschärft. Seit Beginn des Krieges stiegen die Gaspreise im Schnitt um mehr als 70% auf über 150 Euro je Megawattstunde. Im Januar lagen die Preise noch bei rund 80 Euro.

Das stellt die Chemieunternehmen vor wachsende Probleme. Denn die Energiekosten sind in Europa – insbesondere in Deutschland – im internationalen Vergleich ohnehin hoch.

Laut einer Mitgliederbefragung des VCI Ende Februar litten 60% der Chemieunternehmen erheblich unter einer starken Beeinträchtigung ihres Ge-

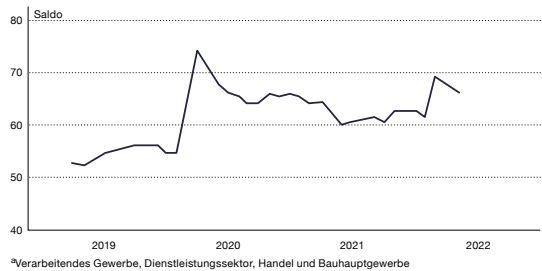
schäfts durch hohe Energiepreise. Im Mai waren es 70%. 85% der Befragten berichten, dass sie steigende Produktions- und Beschaffungskosten entweder gar nicht oder nur zum Teil weitergeben können.

Stark steigende Energiepreise sind aber nicht das einzige Problem für die deutsche Industrie. Die deutsche Wirtschaft muss seit Monaten mit erheblichen Engpässen bei Vorprodukten und zunehmenden Störungen in den internationalen Lieferketten und der Logistik zurechtkommen. Das dämpft trotz guter Auftragslage die Produktion. Und die Unsicherheit ist zudem so hoch wie zuletzt im Corona-Lockdown.

Neben der Entwicklung der Energiepreise ist es vor allem auch die Verfügbarkeit von Gas, die Sorgen bereitet. Die „Alarmstufe“ des Gas-Notfallplans wurde nach einer drastischen Senkung der Liefermengen aus Russland Ende Juni bereits ausgerufen. Fehlende Versorgungssicherheit würde für viele Unternehmen möglicherweise einen Produktionsstillstand bedeuten – mit allen Konsequenzen für die Lieferketten danach.

ifo Geschäftsunsicherheit Deutschland^a

Ursprungswerte



» DEM STANDORT DEUTSCHLAND
DROHT EIN WETTBEWERBSPROBLEM.«

Der VCI geht mittlerweile von einem Rückgang der Produktion der Branche um -1,5% in 2022 aus. Im Chemiegeschäft, also ohne Pharma, rechnet er sogar mit -4% weniger. Diese Prognose ist allerdings mit großen Unsicherheiten behaftet. Sicher ist nur, dass der Standort Deutschland zunehmend ein Wettbewerbsproblem bekommt.

"Gekaufte Zeit"

"Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen am Standort Deutschland ist mehr denn je das Gebot der Stunde! Damit die Transformation nicht zum grössten Deindustrialisierungsprojekt wird."



Tarifpolitik

„Die vor uns liegende Tarifrunde ist immer die schwerste“ – so lautet eine gerne zitierte Binsenweisheit.

Wer hätte aber gedacht, dass wir nach dem letzten, viel diskutierten Tarifabschluss, der mit einer Laufzeit von 28 Monaten die gesamte „Pandemiezeit“ überdauert hat, jetzt vor diesen ungeahnten Herausforderungen stehen würden.

Die Hoffnung war doch: Der Aufschwung nach der Corona-Krise ist da, die Pandemie- und Lieferkettenprobleme sind überwunden, die Inflation pendelt sich auf das „Zielniveau“ ein und wir gehen mit neuem Schwung an die Umsetzung der notwendigen „Transformation“ unserer Wirtschaft.

Stattdessen: Krieg in der Ukraine, Explosion der Preise und Kosten für Energie (Strom/Gas), Rohstoffe und Logistik, Versorgungsengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten, ein erneuter Corona-Lockdown in China mit all seinen drohenden Folgen für die Lieferketten (Stau der Containerschiffe im Hafen von Shanghai), eine Inflation, die auf Monatswerte von über 7% und in der Erwartung auf mittlerweile ebenfalls über 7% für das Gesamtjahr steigt, eine EZB, die – anders als die FED – nahezu handlungsunfähig ist (Konjunkturrisiko, Schuldenkrise), massiv gekappte Wachstumsprognosen und zu allem Überfluss eine Diskussion über ein Gasembargo insbesondere von Leuten, denen die systemischen Zusammenhänge einer industriegeprägten Wirtschaft mit all ihren Sekundär- und Tertiäreffekten auf Liefer- und Wertschöpfungsketten offenbar vollkommen fremd oder egal sind und die offenbar auch die Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt völlig unterschätzen.

»MAXIMALE UNSICHERHEIT UND ZAHLREICHE STRUKTURELLE HERAUSFORDERUNGEN PRÄGEN DIE AKTUELLE SITUATION.«

Die dadurch ausgelöste maximale Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung einerseits und der Druck von Arbeitnehmerseite auf ihre Gewerkschaft angesichts der derzeitigen Inflations- und Kaufpreisentwicklung andererseits bilden aber letztlich die aktuellen Rahmenbedingungen für die Tarifverhandlungen. Und dabei hatten wir doch unter dem Stich-

wort „Transformation“ bereits ganz andere Herausforderungen vor der Brust, die durch die aktuellen Ereignisse zunächst leider etwas aus dem Blickfeld geraten sind:

Eine klimaneutrale Produktion mit in Deutschland (2045) und Bayern (2040) verschärften Klimazielen, die Digitalisierung, den demografischen Wandel, den Einstieg in eine Kreislaufwirtschaft und eine EU-Chemikalienpolitik, die mit einem drohenden Verbot wichtiger chemischer Stoffe nicht nur einen erheblichen Teil unseres Chemiegeschäfts zunichte machen könnte – wie eine brandaktuelle Analyse des europäischen Chemieverbands Cefic zeigt –, sondern uns damit auch die für die Transformation dringend notwendigen Werkzeuge aus der Hand nehmen würde.

Unsere Branche steht hier also mehr denn je vor einem historischen Umbruch und Strukturwandel, der gemäß einer Studie des VCI Investitionen in Milliardenhöhe erfordert und angesichts der Folgen des Ukrainekrieges – insbesondere was die Energie- und Rohstoffversorgung betrifft – noch schneller vonstattengehen muss.

»WETTBEWERBSFÄHIGKEIT SICHERN – DAMIT DIE TRANSFORMATION NICHT ZUM GRÖSSTEN DEINDUSTRIALISIERUNGSPROJEKT WIRD.«

Diese Investitionen in den Standort Deutschland und Bayern werden aber nur erfolgen, wenn der Standort Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt und damit eine Zukunft hat und die Transformation am Ende für Deutschland nicht zum größten Deindustrialisierungsprojekt aller Zeiten wird. Was das für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in unserer Branche bedeuten würde, liegt auf der Hand. Und diese Herausforderungen sind nicht nur weiterhin sehr präsent. Die notwendigen Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung haben sich durch die aktuellen Entwicklungen vielmehr teilweise massiv verschlechtert.

Hier haben wir mit der IGBCE und ihrem Vorsitzenden Michael Vassiliadis starke Verbündete, wenn es um die wirtschaftlichen, regulatorischen und insbesondere energiepolitischen Herausforderungen geht. Wir müssen gleichzeitig aber auch die richtigen Schlussfolgerungen für eine entsprechende Tarifpolitik ziehen.

All das macht die aktuelle Tarifrunde so schwierig.

Insofern ist der aktuelle „Brücken“-Abschluss vom 05.04.2022 mit einer differenzierbaren Einmalzahlung in Höhe von 1.400 Euro bzw. 1.000 Euro in der noch laufenden Tarifrunde, die ja nur unterbrochen ist und ab dem 17. Oktober fortgesetzt wird, vor allem „gekaufte Zeit“.

Wenn dann bei der Fortsetzung der Verhandlungen im Herbst weiterhin vor allem die Inflationsentwicklung im Vordergrund steht, so sei daran erinnert: Noch viel wichtiger ist, dass wir jetzt die Weichen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland stellen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Unternehmen hier in eine gute Zukunft – auch für die Beschäftigten – investieren können.

» WIR DÜRFEN DEN FLÄCHENTARIF NICHT ERNEUT VOR EINE ZERREISSPROBE STELLEN.«

Denn um das Mammutprojekt „international wettbewerbsfähige Transformation“ am Standort Deutschland wirklich stemmen zu können, braucht es nicht nur ein wirtschaftlich starkes Umfeld, sondern vielmehr auch finanzstarke Unternehmen und wettbewerbsfähige Kosten. Und hier zählen nicht nur Rohstoffe und Energie, sondern auch der Faktor Arbeit!

Der vom IGBCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis wiederholt zitierte durchschnittliche Personalkostenanteil von knapp 14% am Umsatz geht dabei leider bei einer Vielzahl unserer Unternehmen, gerade im Mittelstand, weit an der Realität vorbei. Hier in Bayern liegt der durchschnittliche Personalkostenanteil am Umsatz schon seit Jahren erheblich über 20%! Rund 41% der bayerischen Unternehmen, die sich an der letzten Umfrage beteiligt haben, melden einen Arbeitskostenanteil von mehr als 30%! Und da man jeden verdienten Euro eben nur einmal ausgeben kann, geht es bei vielen Unternehmen – nicht zuletzt angesichts der aktuellen Explosion auf der Kostenseite – am Ende auch um die Frage: Investieren in die Transformation und damit in die Zukunftssicherung oder verteilen?

Und auch daran sei nochmal erinnert: Wir verhandeln hier für die Fläche mit einer sehr heterogenen Situation der einzelnen Sparten und nicht für einzelne Leuchttürme, die immer gerne ins Feld geführt werden! Wenn wir aber anfangen, die Tarifentwicklung von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der

Unternehmen abzukoppeln, dann verlassen wir den Boden einer verantwortungsvollen Tarifpolitik. Wir dürfen den Flächentarif nach den letzten Tarifrunden nicht noch einmal vor eine Zerreißprobe stellen.

Und was die Inflation als Begründung für die Entgeltforderung betrifft:

Die derzeit durch verschiedene Marktverwerfungen temporär massiv verzerrte Inflationsrate kann nicht der Maßstab für Tarifforderungen sein, deren tabellenwirksame Belastungen dann auf Dauer wirken! Die Gefahr einer drohenden Lohn-Preis-Spirale würde sonst immer realer. Insofern war die „Brückenzahlung“ zum jetzigen Zeitpunkt sicher ein richtiger Schritt.

» WENN WIR NICHT AUFPASSEN, DROHT EINE LOHN-PREIS-SPIRALE.«

Hinzu kommt, dass die bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine höheren Kosten für Energie, die wesentliche Treiber der Teuerung sind, in Teilen politisch gewollt waren und sowohl Beschäftigte als auch Unternehmen treffen, nicht durch die Tarifpolitik ausgeglichen werden können. Um hier soziale Härten zu vermeiden, ist in erster Linie die Politik am Zug. Und diese hat ja mittlerweile auch bereits gehandelt. Leider wird beim Argument Verbraucherpreisentwicklung in den Tarifverhandlungen das nicht unerhebliche Entlastungspaket der Regierung gerne vergessen. Und wenn wir uns dann auch noch die Entgeltentwicklung der letzten Jahre anschauen, dann zeigt sich sehr klar, dass hier – was den aktuellen Kaufkraftverlust betrifft – ein nicht unerheblicher Puffer aufgebaut wurde. Denn während sich die Verbraucherpreise in den letzten 10 Jahren um 21% erhöht haben, können die Tabellenentgelte im Chemie-Tarif ein Plus von 30% für sich verbuchen. Und wenn man dann noch die Erhöhung des Demografiebetrages, die Erhöhungen der Jahresleistung, das zusätzliche Urlaubsgeld, die Einführung des Zukunftsbetrages und der Pflegezusatzversicherung sowie die Einmalzahlungen dazurechnet, dann landen wir bei stolzen 36%! Was die IGBCE nicht zuletzt ja auch gerne als Werbeargument erfolgreicher Tarifpolitik verwendet. Es sei ihr vergönnt.

» TEMPORÄR VERZERRTE ENTWICKLUNGEN DÜRFEN KEINE GRUNDLAGE FÜR DAUERHAFTE KOSTENBELASTUNGEN BILDEN!«

Bei allem Verständnis für die aktuelle Situation der Beschäftigten: Von einem dramatischen Reallohn-Verlust als Argument für die Forderung nach einer

deutlichen „Kaufkraftsteigerung“ zu sprechen, ist angesichts dieses Puffers und der Tatsache, dass viele Unternehmen zusätzlich nicht unerhebliche übertarifliche Bonuszahlungen leisten, vielleicht dann doch etwas überzogen, zumal die Inflation, wie gesagt, durch temporäre Einflüsse absolut verzerrt ist und die Kostensteigerungen auch die Unternehmen mit voller Härte treffen, wobei viele die Kostensteigerungen nicht im Markt weitergeben können. Am Ende stehen damit womöglich Arbeitsplätze auf dem Spiel!

Extreme temporäre Entwicklungen, wie wir sie gerade sehen, können daher keinesfalls die Grundlage für eine dauerhafte Kostenbelastung in der Zukunft bilden!

Fazit:

Angesichts der aktuellen Ausnahmesituation stellt sich das Problem, dass wir tarifpolitisch etwas für die Zukunft vereinbaren wollen. Und diese Zukunft ist, anders als sonst, von maximaler Unsicherheit geprägt – nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine und die teils schon sichtbaren, teils aber noch schwer abschätzbaren Folgen der Sanktionen gegen Russland. Allein das Ausweichen auf Alternativen bei Energie und Rohstoffen wird bereits absehbar zu einer dauerhaft höheren Kostenbelastung führen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig schwächen.

Daher brauchen wir eine Vereinbarung, die in der Fläche die differenzierte wirtschaftliche Lage unserer Branche berücksichtigt und temporäre Sonder-situationen nicht als Maßstab für eine einheitliche, dauerhaft tabellenwirksame Belastung nimmt.

Und wir brauchen mehr denn je vor allem eine Regelung, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland erhält und den Unternehmen die notwendigen Investitionsmittel für die anstehende Transformation nicht entzieht.

Unternehmen und
Arbeitsplätze sichern,
Wachstumskräfte frei-
setzen und Wohlstand
sichern

Als Update für den
Koalitionsvertrag ist ein
Belastungsmoratorium für die
Wirtschaft unabdingbar. Nur
dann werden die Unternehmen
den Härte-test bestehen können,
den Putins Krieg für sie und
damit letztlich auch für unser
aller Wohlstand darstellt.

Mutig nach vorne blicken!

Letztes Jahr haben wir an dieser Stelle noch die Hoffnung geäußert, Corona mit den Impfungen in den Griff zu bekommen, damit die Normalität wieder in den Arbeitsalltag einkehren möge.

Heute sind wir aber von der Normalität weiter entfernt denn je. Statt der nachlassenden Pandemie haben uns jetzt auch noch die Folgen von Russlands Krieg gegen die Ukraine fest im Griff. Und die Unternehmen sehen sich weiter immensen Herausforderungen ausgesetzt, die mit dem Kürzel 3D-Transformation noch harmlos klingen: Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografischer Wandel. All dies bringt die Unternehmen und die Beschäftigten an ihre Grenzen. Ist das noch zu schaffen? Ja – mit der Kraft und der Intelligenz des gemeinschaftlichen Handelns aller Akteure sowie einer starken Wirtschaft.

Beispiel Corona:

Seit über zwei Jahren hat uns die Pandemie im Griff und ein Ende ist noch immer nicht in Sicht. Derzeit scheint es so, als ob die Pandemie nur eine Atempause macht. Dennoch haben die Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie diese Krise bislang insbesondere auch im Hinblick auf den Erhalt der Arbeitsplätze gut bewältigt.

So haben die beispiellose Impfkampagne der werksärztlichen Abteilungen und die aufwändige und kostenintensive Umsetzung der Arbeitsschutzmaßnahmen dazu geführt, die Arbeitnehmer bestmöglich vor COVID-19 zu schützen und die Produktionen am Laufen zu halten.

»NUR 35 COVID-FÄLLE WURDEN BIS ENDE 2021 VON
DER BG RCI ALS BERUFSSKRANKHEIT ANERKANNT.«

Unterstützt wurden die Unternehmen hierbei durch tägliche Rundschreiben des VBCI, Hilfestellungen der vbw und das gemeinsame Portal der deutschen Wirtschaft unter www.wirtschaftstestetgegencorona.de.

Beispiel Ukrainekrieg:

Auch hier konnte durch die intensive Zusammenarbeit von Unternehmen und Verbänden schnell und unbürokratisch Hilfe bereitgestellt und den Flüchtlingen der Weg in den Arbeitsmarkt eröffnet werden. Auf der Webseite

www.wirtschaftshilft.info bündelt die Initiative alle Informationen und Aktivitäten für Betriebe und Unternehmen mit dem Ziel, die Maßnahmen der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft zu unterstützen. Den Unternehmen wird dabei auch geholfen, ihre Hilfsangebote an der Situation vor Ort bedarfsgerecht auszurichten.

» WIRTSCHAFT HILFT, WO WIRTSCHAFT HELFEN KANN.«

Putins Krieg mit all seinen Folgen trifft eine durch Corona geschwächte Wirtschaft, die sich seit mehr als zwei Jahren im Krisenmodus befindet; er wird so zum Härtesten für Unternehmen und Arbeitsplätze in unserem Land.

Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel

Dekarbonisierung:

Die Dekarbonisierung, also die Erreichung der Klimaneutralität, ist eine der größten Herausforderungen für die Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie – insbesondere den energieintensiven Teil der Branche. Denn sie stellt in Teilen bewährte, wettbewerbsfähige und hochentwickelte Prozesse in Frage, ohne Alternativen zu bieten. Neben der wirtschaftlichen Herausforderung durch steigende Energiepreise sind es dann häufig technologische Fragen der Produktion bzw. der zukünftigen Energieversorgung, die noch nicht beantwortet sind. Zukünftige Änderungen haben dabei selbstverständlich auch Auswirkungen auf Arbeitsplätze, was Umfang, Berufsbilder und Qualifikationen angeht.

Digitalisierung:

Der Trend hin zu mehr klimaneutralen Tätigkeiten wird durch die Digitalisierung noch verstärkt. Sie beschleunigt und unterstützt zahlreiche gesellschaftliche Prozesse – auch die Gestaltung des ökologischen Wandels. Die fortschreitende Digitalisierung erfasst sukzessive alle Wirtschaftsbereiche; neue Technologien verändern die Arbeitswelt grundlegend. Viele Arbeitsplätze werden sich verändern. Diesen Prozess wollen die Chemie-Arbeitgeber konstruktiv gestalten, denn die Digitalisierung und die Entwicklung hin zur Industrie 4.0 bieten große Chancen für den Standort Deutschland.

Die Vergangenheit zeigt, dass mit einem Technologieschub in der Regel wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung einhergehen. Bestimmte Tä-

tigkeitsfelder und Berufe können aber wegfallen, auch verändern sich Jobprofile und Anforderungen.

Demographischer Wandel:

Die Bevölkerung in Deutschland altert. Nach der Bevölkerungsvorberechnung des Statistischen Bundesamts könnten im Jahr 2030 knapp 22 Mio. Menschen (fast 28%) älter sein als 64 Jahre – heute sind es rund 17 Mio. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter könnte um bis zu 6 Mio. zurückgehen. Bereits heute sind knapp 900.000 Stellen nicht besetzt. Um diese Lücke mit ausländischen Fachkräften zu schließen, wäre eine jährliche Zuwanderung von ca. 400.000 Personen erforderlich.

Diese Herausforderungen sind nicht allein von den Unternehmen zu stemmen. Positive Wettbewerbs- und Beschäftigungseffekte benötigen zudem vor allem eines: verlässliche rechtliche und infrastrukturelle Rahmenbedingungen sowie den notwendigen Spielraum zur Entfaltung.

»DEKARBONISIERUNG, DIGITALISIERUNG UND DEMOGRAFISCHER WANDEL SIND MIT EINEM „WEITER SO“ NICHT ZU MEISTERN.«

Der Koalitionsvertrag gibt hierauf keine Antworten und er wurde mit seinen sozialpolitischen Inhalten von der neuen Wirklichkeit, dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und dessen Folgen, über Nacht auf den Kopf gestellt. Wer Unternehmen und Arbeitsplätze sichern und Wachstumskräfte freisetzen will, darf der Wirtschaft in diesen von Krisen geschüttelten Zeiten keine neuen Fesseln auferlegen. Hohe Inflation, angespannte oder schon unterbrochene Lieferketten und die allgemeinpolitischen Gefahren machen deshalb eine Zeitenwende nicht nur in unserer Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in unserer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen am Standort erhalten wollen.

Ein Belastungsmoratorium ist ebenso wie eine nachhaltige Initiative zur Bürokratieentlastung unverzichtbar. Doch was macht die Sozialpolitik? Ein „Weiter so“ im Koalitionsvertragsumsetzungsmodus, wie die folgenden Punkte exemplarisch belegen:

Arbeitsmarktpolitik

Im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg ist viel von einer Zeitenwende die Rede. Eine Zeitenwende der anderen Art hat die Ampelkoalition mit der Aus-

setzung der meisten Sanktionen gegen Grundsicherungsempfänger für ein Jahr eingeläutet. Es ist der erste Schritt auf dem Weg, das bei SPD und Grünen ungeliebte Hartz-IV-System, das sie einst selbst ins Leben riefen, zu überwinden und durch das geplante Bürgergeld abzulösen. Hilfsbedürftige, so die Idee, sollen künftig nicht mehr Bittsteller sein, sondern dem Sozialstaat „auf Augenhöhe“ begegnen können.

»DIE KOALITION BEHÄLT DAS FÖRDERN BEI UND LÄSST DAS FORDERN VERKÜMMERN.«

Das Prinzip des Förderns und Forderns, das Mitwirkungspflichten der Betroffenen beinhaltet, soll einer Kultur des „Vertrauens“ weichen. Doch eine Begegnung „auf Augenhöhe“ kann es auch künftig nicht geben. Wer Hilfe braucht und Geld vom Staat bekommt, muss daran mitwirken, die Hilfsbedürftigkeit zu überwinden. Das gebietet der Respekt vor den Arbeitnehmern, die jeden Tag durch ihre Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben zur Finanzierung der Sozialleistungen beitragen. Zwar legt sich die Koalition jetzt fest, dass beim künftigen Bürgergeld wieder bis zu 30% der Sozialleistungen gekürzt werden können. Umso unverständlicher ist, warum diese Handhabe nun so lange ausgesetzt wird. Die Ampel sendet damit das Signal, dass es auf eigene Anstrengung nicht mehr so sehr ankommt. Im Bundestag hat sich eine Koalition der Willigen formiert, von der die (wenigen) Unwilligen nichts mehr zu befürchten haben.

Aktienrente

Zur langfristigen Stabilisierung von Rentenniveau und Rentenbeitragssatz will die Ampelkoalition in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen. Diese soll als dauerhafter Fonds von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stelle professionell verwaltet und global angelegt werden. Dazu soll in einem ersten Schritt der Deutschen Rentenversicherung im Jahr 2022 aus Haushaltsmitteln ein Kapitalstock von 10 Mrd. Euro zugeführt werden.

Alle Erfahrung zeigt, dass hohe Rücklagen in der Sozialversicherung dort nicht lange bleiben, weil sie durch bloße Gesetzesänderung für politisch gewünschte Projekte zweckentfremdet werden können.

Mit der betrieblichen Altersversorgung besteht bereits ein kapitalgedeckter Weg der Altersversorgung. Dieser ist auszubauen und stärker steuerlich zu fördern. Es darf nicht dazu kommen, dass die Aktienrente zukünftig attraktiver ist als die betriebliche Altersversorgung.

Auch hier gehen die Sozialpartner der chemischen Industrie wieder beispielhaft voran. Als erste Branche haben sie mit dem Zwischenergebnis für die Tarifrunde 2022 gemeinsam die tariflichen Voraussetzungen für Sozialpartnermodelle in der Branche geschaffen. Mit diesen wird es möglich sein, die eingebrachten Beiträge deutlich chancenorientierter anzulegen als bisher. So besteht die sehr realistische Aussicht auf höhere Renditen, wobei innerhalb des Modells für die Erfüllung weder Arbeitgeber noch die Versorgungseinrichtung entstehen werden. Die Ausgestaltung ohne Garantie und Haftung bedeutet dabei aber nicht den Verzicht auf Sicherheit. Die Anlage wird unter Beteiligung der Sozialpartner in einem ausgefeilten Wertsicherungskonzept erfolgen, das Chancen und Risiken austariert.

Wenn alles klappt, soll als erste Versorgungseinrichtung der von BAVC und IGBCE gemeinsam mit der R+V Versicherung betriebene Chemie-Pensionsfonds noch 2022 reine Beitragszusagen anbieten. Andere Einrichtungen könnten später folgen.

Weiterbildungsteilzeit

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Weiterbildungsteilzeit bis zu einem Jahr mit staatlicher Förderung wird von der Arbeitgeberseite abgelehnt. Eine weitere Verstaatlichung von Weiterbildung auf Kosten der Arbeitgeber durch Freistellungsansprüche und zusätzliche Belastungen der Sozialversicherung ist der falsche Weg.

Wichtig ist stattdessen, die bestehenden Förderinstrumente flexibler zu machen und zu vereinfachen. Weiterbildung ist Kernaufgabe eines Unternehmens. Ansatzpunkte für politisches Handeln bestehen allerdings bei der Ausgestaltung des Aufstiegs-BAföG, bei bestehenden Prämienprogrammen und der Schaffung gezielter Anreize. Die 2019 gestartete „Nationale Weiterbildungsstrategie“ von Politik und Wirtschaft muss hierauf ihren Schwerpunkt legen. Staatliche Regulierungsansätze mit neuen Qualitätsstandards, Anerkennungs- oder Mitbestimmungsorganen und Rahmencurricula sind hingegen strikt abzulehnen.

»KEINE QUALIFIZIERUNG INS BLAUE HINEIN«

Mindestlohngesetz

Die von der Ampelkoalition erwirkte Neufestsetzung des Mindestlohns auf 12 Euro verschiebt Lohnverantwortung von den Sozialpartnern auf die Parteipolitik. Zudem dient der Mindestlohn laut Gesetzesbegründung der Herstellung

von Bedarfsgerechtigkeit und nicht der Sicherung von Austauschgerechtigkeit. Wem zur Änderung des Arbeitsrechts nur mehr Kosten und mehr Belastungen einfallen, der darf sich nicht wundern, wenn aus „Mehr Fortschritt wagen“ ein „Mehr Rückschritt schaffen“ wird. Denn mehr Fortschritt wagt man nicht mit einem nachhaltigen und verfassungsrechtlich höchst zweifelhaften Eingriff in die Tarifaautonomie.

» TARIFAUTONOMIE STATT STAATLICHER LOHNFESTSETZUNG «

Mobiles Arbeiten

Durch die Digitalisierung kann Arbeit heute in vielen Bereichen unabhängig von Ort und Zeit erbracht werden. Mobiles Arbeiten schafft damit ein hohes Maß an Flexibilität für Beschäftigte z. B. zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, zur Reduzierung von Pendel- und Präsenzzeiten, aber auch zur Optimierung des Kundenkontakts vor Ort. Das erhöht die Produktivität und Mitarbeiterzufriedenheit, wovon auch Arbeitgeber profitieren. Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist allerdings vereinbart, dass Beschäftigte in geeigneten Tätigkeiten einen Erörterungsanspruch über mobiles Arbeiten erhalten werden. Arbeitgeber können dem Wunsch der Beschäftigten nur bei entgegenstehenden betrieblichen Belangen widersprechen. Die Ablehnung darf weder sachfremd noch willkürlich sein. Abweichungen von der gesetzlichen Regelung sollen auf tarifvertraglicher Basis möglich sein. De facto wird so ein gesetzlicher Anspruch geschaffen.

Dieser widerspricht aber arbeitsrechtlichen Grundsätzen. Eine Beschränkung durch einen gesetzlichen Anspruch auf mobiles Arbeiten oder Home Office wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Unternehmerfreiheit und mit höherrangigen verfassungsrechtlichen Erwägungen nicht vereinbar. Statt eines starren Anspruchs auf mobiles Arbeiten sind nachhaltige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die die Bereitschaft der Vertragsparteien steigern können, entsprechende Instrumente zu nutzen.

» RECHTSANSPRUCH AUF MOBILES ARBEITEN IST EIN IRRWEG. «

Mitbestimmung

Die Formulierung im Koalitionsvertrag, die betriebliche Mitbestimmung weiterzuentwickeln, lässt Raum für viele Spekulationen, Befürchtungen und/oder Hoffnungen. Der Entwurf des DGB zur Weiterentwicklung der Betriebsverfassung gehört in die Spalte Befürchtungen. Auch soll ein zeitgemäßes Recht für

Gewerkschaften auf digitalen Zugang zu Betrieben geschaffen werden, das ihren analogen Rechten entspricht. Hierüber befinden sich die Sozialpartner der chemischen Industrie bereits in Gesprächen, um eine für beide Seiten angemessene Lösung zu finden. Richtig ist, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsratsstrukturen häufig nicht zur Unternehmensstruktur passen. Es ist deshalb sinnvoll, in stärkerem Maße betriebliche Abweichungen von den gesetzlich festgelegten Strukturen zuzulassen. Ziel jeder Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes muss es deshalb sein, Verfahren zu beschleunigen, Mitbestimmungsstrukturen anpassungsfähig zu gestalten und die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Betriebsräten zu stärken, neue Gestaltungsspielräume zu schaffen, um Betriebsstrukturen anpassungsfähig zu halten und schnell auf Anforderungen von Kunden und wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren.

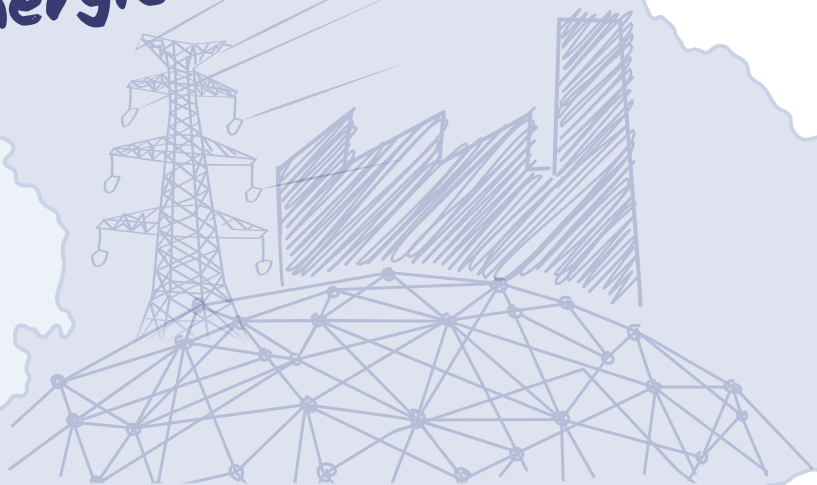
Gesetzliche Ansprüche auf mobile Arbeit, neue Verschärfungen bei der Arbeitszeit und Einschränkung flexibler oder agiler Arbeitsmethoden ist das letzte, was wir jetzt brauchen. Nicht zuletzt durch die Folgen des Ukrainekrieges hat der Koalitionsvertrag jetzt seine Grundlage verloren. Ein Abarbeiten der Kapitel des Vertrags – wie wir es in den zurückliegenden Legislaturperioden erlebt haben – ist aufgrund der neuen Problemlage nicht mehr möglich.

»NUR WENN WIR DIE WIRTSCHAFT STARK HALTEN, WIRD AUCH UNSER LAND STARK BLEIBEN.«

Was brauchen wir jetzt? Einen sofortigen Stopp von zusätzlichen Belastungen und Regulierungen und im Anschluss eine kraftvolle Entlastungsoffensive. Als Sozialpartner stehen die Arbeitgeberverbände, insbesondere die der chemischen Industrie, für diese Gestaltungsaufgabe bereit. Das Grundgesetz überträgt uns weite notwendige Spielräume, die wir gemeinsam zum Wohle von Betrieben und Beschäftigten nutzen können, sollen und müssen! Mehr staatliche Regulierung abzuwenden und den Blick mutig nach vorn zu richten, ist besonders jetzt unsere gemeinsame Verpflichtung.

Industriepolitik

Ohne Industrie-
politikwende keine
Energiewende!



Nur wenn die Politik jetzt
massiv Industriepolitik
betreibt, kann die
Transformation zur
Klimaneutralität gelingen!

Industriepolitik

Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns seit Ende des Zweiten Weltkrieges kann mit Fug und Recht als eine echte Erfolgsstory bezeichnet werden. Für den Weg vom Agrarland hin zu einem High-Tech-Industriestandort sind dabei nicht zuletzt weitsichtige Infrastrukturentscheidungen verantwortlich. Mit dem Bau der transalpinen Pipeline TAL von Triest – und anderer Pipelines – wie auch mit dem Ausbau der Kernergie wurde dieser Wandel maßgeblich eingeläutet.

»DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG BAYERNS IST DURCH WEITSICHTIGE INFRASTRUKTURENTSCHEIDUNGEN GEPRÄGT.«

Denn getreu dem Motto „Wer Infrastruktur sät, wird wirtschaftlichen Aufschwung ernten“ konnte mit diesen Projekten die Energie- und Rohstoffversorgung der bayerischen Wirtschaft planbar, kosteneffizient und damit international wettbewerbsfähig gesichert werden. Wenn es auch unbenommen viele weitere Faktoren gibt, die zur Entwicklung Bayerns beigetragen haben, so ist doch die Energieversorgung sicher eine der zentralsten Weichenstellungen. Die Erdölversorgung der bayerischen Raffinerien spielte hier eine doppelte Rolle – als Energie- und Rohstoffquelle. In Summe erlebte man in Bayern eine Industrialisierung und eine Wohlstandsmehrung, die den Freistaat bis heute zu einer der stärksten Wirtschaftsregionen gemacht hat und macht. In diesem „Ökosystem“ konnten sich viele Unternehmen – vom familiengeführten Mittelständler bis zum Großkonzern – in einem vielfältigen Branchenmix mit den unterschiedlichsten Wertschöpfungsketten etablieren. Das Ganze wurde und wird dabei flankiert von einer universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft im Weltklasseformat. Bayern kann daher stolz sein auf seine wirtschaftliche Entwicklung!

»ES IST ZUNEHMEND EINE ENTFREMDUNG VON DER INDUSTRIE ALS WOHLSTANDSGARANT ZU BEOBACHTEN.«

Ein jahrzehntelanger wirtschaftlicher Erfolg ist ohne Zweifel ein Segen, macht aber vielleicht auch ein Stück weit „satt“ und lässt vergessen, dass diese Entwicklung keineswegs ein Selbstläufer war, dass viele Politiker und Wirtschaftslenker mit sehr langem Atem daran gearbeitet haben. Die Bedeutung, ein „Industrieland“ zu sein, wird zur Normalität, zur Selbstverständlichkeit

und verkommt zur Gleichgültigkeit oder gar zur Wohlstandsverwahrlosung. Die Korrelation zwischen der Rolle der Industrie für die Wirtschaftskraft und damit als Basis eines besonders hohen Lebensstandards für die Menschen – mitsamt eines Sozialstaates, um Grundbedürfnisse abzusichern, moderner Gesundheitsversorgung für alle, hohen Bildungsstandards, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit und vielen Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Teilhabe – verblasst zunehmend in der Wahrnehmung der Menschen. Es kommt zuweilen sogar regelrecht zu einer Entfremdung von der Industrie; das Verständnis für industrielle Wertschöpfungsketten und deren Sachzwänge im internationalen Wettbewerb ist in der Gesellschaft und auch in der Politik immer weniger ausgeprägt. Hier sprechen die im Kontext des schrecklichen Ukrainekrieges zum Teil sehr leichtfertig erhobenen Forderungen nach einem Gasembargo – verkürzt auf „Frieren-für-den-Frieden-Parolen“ – Bände. Der konkrete Bezug zwischen einer starken Wirtschaft und dem eigenen Wohlstandsempfinden ist abhanden gekommen.

»DAS EXPORTLAND BAYERN STEHT VOR EINER ZEITENWENDE – ES BRAUCHT NUN WEITSICHT UND KLUGE INDUSTRIEPOLITIK!«

Hinzu kommt, dass sich nach vielen Jahren der Globalisierung mit entsprechenden Wohlstandsgewinnen zunehmend ein protektionistischer Gegen-trend bis hin zu einer Entflechtung von Wertschöpfungsketten abzeichnet. Und diese Krisen fallen zudem in eine Zeit, in der sich die EU, Deutschland und auch Bayern wohl die weltweit ambitioniertesten Ziele für eine Transformation zur Klimaneutralität gegeben haben – wir also mitten in einem Generationenprojekt mit ungeahnten Dimensionen stehen, das vor allem eine Verteuerung der Energieversorgung bedeutet.

Wir wollen an dieser Stelle keineswegs schwarzmalen oder gar ambitionierten Klimaschutz in Frage stellen. Auch sind die Wirtschaftsdaten in vielen Unternehmen (siehe auch Kapitel „Wirtschaftliche Lage“) – den Krisen zum Trotz – keineswegs durchweg schlecht bzw. individuell sogar durchaus sehr gut. Große Sorge macht aber der Blick in die Zukunft! Denn man muss nüchtern konstatieren, dass das Exportland Bayern vermutlich vor einer der größten Zeitenwenden seit dem Zweiten Weltkrieg steht. Und es braucht – wie damals in der Nachkriegszeit – echte Visionen und weitsichtige Industriepolitik und eben auch einen langen Atem, um die Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Auf diesem Weg müssen vielleicht auch unpopuläre

Entscheidungen getroffen werden, da die klimaneutrale Transformation nicht selten Schutzzielkonflikte hervorruft – z.B. erneuerbare Energien und Stromleitungen vs. Naturschutz oder Landschaftsbild.

»DIE DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK LIEGT IN EINEM SCHERBENHAUFEN – UND BAYERN IST VÖLLIG ABGEHÄNGT.«

Blickt man auf die deutsche Energiepolitik, offenbart sich infolge des schrecklichen Ukrainekrieges allerdings ein regelrechter Scherbenhaufen. Allzu lange hat man die Energiewende zu stark von Ausstiegsplänen her gedacht und fossile Energie verteuert, ohne attraktive Rahmenbedingungen für Alternativen zu schaffen. Dass der Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft und Photovoltaik die Lücke niemals wird schließen können, erkennt man an einer simplen Zahl. Nach 20 Jahren Energiewende werden gerade einmal ca. 20% des Endenergiebedarfs erneuerbar erzeugt. Aller Windenergieausbau trägt weniger als 7% zur Energieversorgung bei.

Die „Strategie“, die Dunkelflaute mit Gaskraft abzudecken, und die daraus resultierende Abhängigkeit von russischem Gas bringen das System nun an seine Grenzen. Gerade für Bayern ist dieses Szenario dramatisch – während über ganz Deutschland gesehen in 2021 bis zu 55% des Erdgases aus Russland stammten, sind es in Bayern durch die physische Belieferungssituation de facto weit über 90%. Nach planmäßiger Abschaltung der Kernkraftwerke – es sieht nicht nach einer Verlängerung der Laufzeiten aus – und mit Blick auf den Kohleausstieg, die fehlenden Stromleitungen (oder Wasserstoffpipelines) und jetzt auch das Bangen um Erdgas: Was bleibt denn am Ende noch für Bayerns Energieversorgungssicherheit? Die Lage ist mehr

»SEIT 10 JAHREN IST IN PUNCTO VERSORGUNGSSICHERHEIT NICHTS PASSIERT, OBWOHL DIE LÜCKE BEKANNT WAR.«

als ernst. Die Energiepreise – insbesondere für Gas und deswegen auch für Strom – belasten alle Verbraucher bereits seit vergangenem Herbst stark und bringen energieintensive Unternehmen in eine existenzbedrohende Lage. Die Versorgungssicherheit mit Gas steht auf tönernen Füßen. Der „Notfallplan Gas“ ist aktiviert, seit der russischen Reduktion auf 40% (Juni '22) in der „Alarmstufe“ und die BNetzA bereitet sich auf ein Mangelszenario vor.

Bei Lichte betrachtet hat sich Bayern auf den Weg begeben, die einstigen so ertragreichen Infrastrukturentscheidungen der Vergangenheit sukzessive zurückzubauen – ohne aber ein stimmiges Gesamtkonzept für die Energieversorgung der Zukunft zu verfolgen. Mit dem Ziel der Klimaneutralität soll die Versorgung mit Erdöl de facto heruntergefahren werden und der Atomausstieg sorgt beim Strom für eine gewaltige Unterversorgung. Schon 2015 wurde im „Bayerischen Energiedialog“ eine Stromversorgungslücke Bayerns von 40 TWh Arbeit und 5 GW gesicherter Leistung sozusagen amtlich festgestellt. Damals war noch der Wunsch nach bayerischer Autarkie in der Stromversorgung groß – trotz Atomausstieg. Von diesem Wunsch hat man sich der Realität beugend verabschiedet. Aber ansonsten ist in puncto Versorgungssicherheit seither so gut wie nichts passiert. Stattdessen verzögert sich der Bau der HGÜ-Leitungen aus dem Norden aufgrund absehbarer Fragestellungen in den Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren. Auch die als Beschleunigungsmittel beworbene Erdverkabelung hat der Geschwindigkeit eher einen Bärendienst erwiesen – den Kosten sowieso. Bayern wird auch im Vergleich der Bundesländer zunehmend abgehängt. Windenergiereiche Länder werben schon um bayerische Unternehmen mit dem Argument der Energieversorgung. Und selbstverständlich ist die Solidarität der anderen Bundesländer nach Jahren eines übermäßig zur Schau getragenen bayerischen Selbstbewusstseins nicht besonders ausgeprägt – zumal Bayern mit seinen Regierungsparteien derzeit als einziges Bundesland nicht in der Bundesregierung vertreten ist.

>> „ZIEL SUCHT MASSNAHMEN“ KÖNNEN WIR UNS IN DER ENERGIEPOLITIK NICHT MEHR LEISTEN.<<

Bayern war lange sehr einflussreich im Bund, weil bayerische Konzepte funktionierten und Nachahmer fanden. Aber auch hier kann Bayern nicht mehr punkten. Außer noch früher klimaneutral sein zu wollen als der Bund, wurden kaum Weichen gestellt, um dies umsetzen zu können. Wie auch auf Bundesebene fehlen zum Ziel passende Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Ziel – Klimaneutralität – erreicht werden kann. Es fehlen aber nicht nur die Maßnahmen, es fehlen auch die Ideen für Maßnahmen oder auch nur Vorstellungen für Rahmenbedingungen, die das Ziel erreichbar machen. Es fehlt der Mut für die Umsetzung. Vielleicht auch deshalb, weil man mit Begriffen wie „Verspargelung der Landschaft“ und „Monstertrassen“ den Widerstand der Bevölkerung teilweise selbst populistisch herbeigeredet

hat, statt klar und deutlich zu sagen, dass das Erreichen der Klimaziele nicht unsichtbar bleiben wird. Die aktuelle Diskussion um die Windenergie und die Warnung vor einem „Spargelschock“ in der Bevölkerung zeigt, dass sich daran noch nichts grundlegend verändert hat. Hier braucht es nun dringend einen Befreiungsschlag, es braucht echte Visionäre, die – wie damals – mutig Infrastrukturentscheidungen zum Wohle der bayerischen Entwicklung auf den Weg bringen! Einen kleinen Lichtblick stellen hier die jüngsten energiepolitischen Beschlüsse des bayerischen Kabinetts dar, worin zumindest deutlich wird, dass man die Energieversorgung als Schicksalsthema für Bayern anerkennt und vielerlei Maßnahmen und Forderungen aufnimmt. Das kann aber nur ein Anfang sein! Hier gilt es nunmehr dranzubleiben, Detailkonzepte zu erarbeiten und engmaschig Fortschritte zu monitorieren!



Und hinzu kommt, dass es leider in anderen zentralen industriepolitischen Bereichen nicht wirklich besser aussieht. Ein Thema, das hier regelmäßig völlig unterschätzt wird, ist die europäische Chemikalienstrategie. Haben rele-

»DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE WIRKT IN TEILEN WIE EIN GASEMBARGO UND KÖNNTE WERTSCHÖPFUNG KAPPEN.«

vante Akteure – zum Glück – verinnerlicht, dass ein Gasembargo ganze Wertschöpfungsketten – beginnend mit der Grundstoffindustrie – brechen lassen könnte, zieht man analoge Schlüsse im Stoffrecht leider nicht. Aber der Fall ist ähnlich gelagert, auch ähnlich gewichtig.

Die Idee, Stoffe, die bestimmte Gefährlichkeitsmerkmale haben, einfach in deren Verwendung zu verbieten, mag ja regulatorisch einfach scheinen. Aber die Welt ist eben komplex. Es mag paradox klingen, aber Nachhaltigkeit und „gefährliche Stoffe“ schließen sich nicht aus – nein, sie bedingen sich in der Regel. Gerade zu Beginn der Wertschöpfung, meist im Bereich der Grundstoffe, braucht es eine gewisse „Reaktivität“, sonst sind Prozesse physikalisch-chemisch schlichtweg nicht möglich! Und reaktive Stoffe haben meist eben auch Gefahreigenschaften, können aber bei entsprechenden Maßnahmen auch ohne großes Risiko und ohne signifikante Exposition verwendet werden – das ist im übrigen die Kernkompetenz der Chemie. Setzt man aber nun aufgrund nicht sachgemäßer Regulierungsparadigmen die Axt an die Stoffbasis der europäischen Chemie, wird man relativ schnell feststellen, dass Wertschöpfungswege mangels Grundstoffen akut bedroht

sind und die Ziele des Green Deal dadurch schlichtweg unerreichbar werden. Und so ist es mehr als bemerkens- und begrüßenswert, dass sich Bayerische Staatsregierung und Bayerischer Landtag zur Revision der REACH-Verordnung mit eigenen Stellungnahmen geäußert haben. Dort hat man die Folgen



eines Paradigmenwechsels hin zu einem gefahren- statt risikobasierten Regulierungsansatz im Chemikalienrecht erkannt und mahnt an, das bestehende und bewährte System des Risikomanagements fortzuführen. Man kann nur hoffen, dass die mahnenden Stimmen aus Bayern auch Gehör bei den europäischen Institutionen finden.

» ES BRAUCHT EINE GANZHEITLICHE BESCHLEUNIGUNG VON GENEHMIGUNGSVERFAHREN – EINE ALLIANZ DES WOLLENS.«

Positiv zu bemerken ist, dass man nach jahrzehntelangen Hinweisen bei den Diskussionen „Klimaziel sucht Umsetzungsstrategie“ immerhin erkannt hat, dass die Ambition derzeit nicht mit den Genehmigungszeiten für Infrastrukturprojekte zusammenpasst. Die Ampelkoalition will gar die Verfahrensdauer um die Hälfte reduzieren – und „Tesla-Geschwindigkeit“ wird zum geflügelten Wort. Aber hier denkt man leider bislang zu halbherzig. Denn die Transformation besteht eben nicht alleine aus Windrädern und Stromleitungen – so



wichtig diese sind. Auch der Industrieanlagenpark „dahinter“ muss – in Bayern sogar bis 2040 – klimaneutral werden. Für diese Genehmigungsverfahren hat es bislang allerdings keinerlei sichtbare Aktivitäten auf Bundesebene gegeben – die Zündung des Boosters bleibt hier leider aus.

» VOLLBREMSUNG STATT BOOSTER – DER VORSCHLAG ZUR IED-REVISION ENTBEHRT JEDLICHER BODENHAFTUNG.«

Regelrecht aus der Zeit gefallen mag da das Ansinnen der EU-Kommission erscheinen, die mit der Revision der EU-Industrieemissionsrichtlinie – dem zentralen Rahmenregelwerk für die Industrieanlagenzulassung in Europa – scheinbar den Schuss nicht gehört hat. Statt zu entschlacken und zu beschleunigen, versucht man, materielle und verfahrensrechtliche Standards (nicht selten mit unklaren Rechtsbegriffen und einer regelrechten Flucht in exzessive exekutive Einzelfallprüfungen), Bürokratie- und Dokumentationslasten wie auch Klagemöglichkeiten weiter massiv zu erhöhen. So führen die Überlegungen der Kommission – um nur ein Beispiel zu nennen – in

Zukunft von der Festlegung allgemeiner Grenzwerte im Regelwerk zur faktischen Einzelfallbetrachtung jedes Grenzwerts jeder Anlage und damit zum Verwaltungsverfahren im Verwaltungsverfahren. Ein bürokratischer Overkill, den man angesichts der drängenden Transformationszwänge nur noch mit Kopfschütteln betrachten kann. Vermutlich ist die Bürokratiewarnlampe wegen Überlastung bereits durchgebrannt. Auch die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag haben erhebliche Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken angemeldet und lehnen den Vorschlag der EU-Kommission ab.



» DER NACHHALTIGKEITSGEDANKE KULMINIERT IN EINER PLANWIRTSCHAFTLICHEN REGULIERUNGSSPIRALE.«

Und so geht es Schlag auf Schlag weiter. Der berechtigte Wunsch, den Weg hin zu nachhaltigem Wirtschaften zu bereiten, kulminiert leider aktuell in eine planwirtschaftliche Regulierungsspirale. Besonders plastisch ist das mitunter am Beispiel „Sustainable Finance“ zu sehen. Hier dekliniert man in delegierten Rechtsakten aus der Amtsstube haarklein, welche Prozesse wie und mit welcher Umweltperformance zu gestalten sind, um in Zukunft das Prädikat „nachhaltig“ für Finanzierungsfragen zu erhalten. Das nationale und jetzt bald auch ein europäisches Lieferkettengesetz oktruieren staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgaben einseitig auf Unternehmen und nehmen diese in die Haftung für menschenrechtliche Sorgfalt, um europäische Standards auch in anderen Teilen der Welt zu garantieren. Dabei schreckt die Kommission scheinbar auch nicht davor zurück, mittelständische Unternehmen – das viel beschworene Rückgrat unserer Wirtschaft – in die Pflicht zu nehmen. Auch zeigen sich die europäischen Institutionen bislang völlig unbeeindruckt von den Warnungen der Industrie vor einem unausgegorenen europäischen Grenzausgleichsmechanismus beim Klimaschutz.

» ES BRAUCHT DRINGEND EINE VERSCHNAUFPAUSE – EIN BELASTUNGSMORATORIUM.«

Und all diese Entwicklungen rollen ungebremst weiter, völlig ungeachtet dessen, dass Russland seit Anfang des Jahres einen schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und sich das geostrategische Machtspiel zunehmend auch gegen die Wirtschaftskraft der EU-Staaten richtet (Stichwort: Gasstopp). Und statt den Unternehmen in dieser aktuellen Krisensituation zumindest kurz-

fristig eine Verschnaufpause zu gönnen, wird in geradezu bemerkenswerter Ungerührtheit ein Legislativvorschlag nach dem anderen auf den Tisch gelegt und womöglich die geringe Resonanz bei Konsultationsprozessen sogar noch als Zustimmung interpretiert. Viele Unternehmen stehen angesichts der exorbitanten Energie- und Rohstoffpreise bereits jetzt mit dem Rücken zur Wand.

Wir steuern derzeit ungebremst auf einen Kipppunkt zu, der das ökonomische Gleichgewicht hierzulande massiv und nachhaltig schädigen könnte. Daher muss besser gestern als heute dringend gehandelt werden, um unwiderruflichen Schaden vom Industriestandort Deutschland und Bayern abzuwenden und diesen zukunftsfest nachhaltig zu machen. Was muss also passieren?

1. **Industriepolitik in den Fokus – JETZT!** Alle Augen und strategischen Kräfte sind jetzt auf die Industriepolitik zu richten!
2. **Belastungsmoratorium und Zukunftsscheck bei Gesetzesinitiativen!** Alle Gesetzesinitiativen, die in dieser Extremsituation die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand betreffen, müssen ergebnisoffen auf den Prüfstand. Die Unternehmen brauchen jetzt dringend ein Belastungsmoratorium, eine Verschnaufpause. Das gilt für alle föderalen Ebenen – insbesondere aber für die EU-Ebene, z.B. mit Blick auf die EU-Chemikalienstrategie oder die IED-Revision. Der risikobasierte Regulierungsansatz im Chemikalienrecht muss auch in Zukunft erhalten bleiben und das europäische Zulassungsrecht für Industrieanlagen muss einfacher statt komplexer und bürokratischer werden!
3. **Energiepreise und Carbon-Leakage-Schutz transformationstauglich machen – Industriestrompreis einführen!**
Neben einem Verzicht auf ein Gasembargo zur Absicherung der industriellen Versorgung benötigen Unternehmen DRINGEND bezahlbare Energiepreise. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Ukraine-Krise als auch mit Blick auf die Klimaziele. Die klimaneutrale Transformation kann nur gelingen, wenn die hiesige Wirtschaftsregion international wettbewerbsfähige Energiepreise und effektiven Carbon-Leakage-Schutz hat. Neben der Aussetzung sämtlicher staatlicher Belastungen auf den Energiepreis gilt es dabei, einen international wettbewerbsfähigen Industriestrompreis einzuführen, der die Transformation unterstützt. Klimaneutralität darf nicht bedeuten, dass energieintensive Prozesse in das (außereuropäische) Ausland verlegt wer-

den. Eine erfolgreiche Transformation muss Wertschöpfungsketten – von der energieintensiven Grundstoffindustrie bis zum Endverbraucher-nahen Unternehmen – ganzheitlich erhalten.

4. Bei ALLEN Genehmigungsverfahren den Booster zuschalten – für Infrastrukturprojekte UND Investitionsvorhaben!

Für alle Genehmigungsverfahren muss zukünftig „Tesla-Geschwindigkeit“ der Standard sein – und das auch für den Mittelständler vor Ort und nicht nur für amerikanische Großkonzerne, die genehmigungsrechtliche Risiken durch ihre gigantische Marktkapitalisierung tragen können. Dazu muss in einer „Allianz des Willens“ ein Befreiungsschlag aus der genehmigungsrechtlichen Komplexitätsfalle gelingen. Infrastruktur- und Investitionsvorhaben müssen wieder als Wohlstandsgarant der Zukunft verstanden werden – egal ob Radweg, neues Gefahrgutlager, modulare High-Tech-Produktionsanlagen, Ausbau und Elektrifizierung von Bahnstrecken oder HGÜ-Leitungen und Wasserstoffpipelines. Gerade Bayern muss infrastrukturell massiv vorankommen, um auf dem Transformationspfad nicht völlig abgehängt zu werden.

5. Institutionen zur Vermeidung und zum Abbau von Bürokratie stärken – dem Neodirigismus Einhalt gebieten! Je praxisferner die föderale Ebene, desto dringender braucht es – zukünftig aber auch mit Blick auf die geltenden rechtlichen Vorgaben – effiziente Normenkontrolle. Gerade das EU-Recht erzeugt immer drastischer zum Teil exorbitanten Erfüllungsaufwand und muss daher auch institutionell viel stärker auf Auswirkungen in der Praxis geprüft werden (Praxis-Check). Es gilt, Institutionen für Normenkontrolle zu etablieren und zu stärken! Der Trend, nachhaltige Entwicklung durch ein immer unübersichtlicheres dirigistisches Normenkorsett zu erzwingen, muss wieder in einen ordnungspolitisch-marktwirtschaftlichen Ansatz zurückgeführt werden, bei dem wissenschaftliche Grundsätze und praktische Umsetzbarkeit politischen Zielsetzungen gleichberechtigt beigestellt werden.

Mit Blick auf die aktuelle Extremsituation infolge des Ukrainekrieges hat der VCI zudem weitere wichtige Aspekte in einem Fünf-Punkte-Sofortprogramm zusammengefasst, um unwiderruflichen Schaden am Industriestandort abzuwenden.

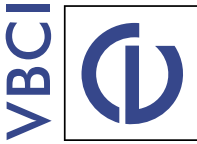


Aus der Arbeit des VBCI

Der Informations-, Beratungs-
und Vertretungsbedarf
der Mitgliedsunternehmen
erreicht einen neuen
Höhepunkt.

Der VBCI reagiert mit der
Weiterentwicklung und dem
Ausbau des umfangreichen
Dienstleistungsangebotes





Aus der Arbeit des VBCI

Der VBCI vertritt als Arbeitgeberverband die Interessen seiner Mitglieder in der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Bayern. Durch den Zusammenschluss mit dem VCI-Landesverband Bayern als Wirtschaftsverband können seit nunmehr 75 Jahren die Interessen der Mitglieder in arbeits- sowie tarifpolitischen Angelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung von wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Branche optimal vertreten werden.

» 75 JAHRE BAYERISCHE CHEMIEVERBÄNDE – HOCHEFFEKTIVE VERZÄHNUNG VON TARIF-UND WIRTSCHAFTSPOLITIK «

Von besonderer Bedeutung für die Verbandsarbeit ist neben der Unterstützung unserer Firmen auch der Austausch zu drängenden Fragestellungen. Über eine vertrauensvolle Arbeit in den Gremien des VBCI (Vorstand, Wirtschaftspolitischer Ausschuss, Tarifpolitischer Ausschuss, Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss) sowie in den Arbeitskreisen Berufsausbildung und Personalentwicklung ist die Behandlung aktueller branchenspezifischer Herausforderungen zum Gewinn aller Beteiligten gewährleistet.

» DER VBCI UNTERSTÜTZT MITGLIEDSFIRMEN IN RECHTLICHEN FRAGEN. «

Im Mittelpunkt der Dienstleistung des Verbandes steht darüber hinaus die Unterstützung unserer Mitglieder bei der Wahrnehmung der rechtlichen Arbeitgeberinteressen vor den bayerischen Arbeits-, Landesarbeits- und Sozialgerichten. So wurden im Jahr 2021 hunderte gerichtliche wie auch außergerichtliche Verfahren geführt und Verhandlungen begleitet, um im Sinne der Mitgliedsfirmen bestmögliche Lösungen zu finden. Darüber hinaus unterstützt der Verband seine Unternehmen bei der täglichen Neuausrichtung der Arbeitswelt.

Megatrend New Work

Das Verständnis von Arbeit befindet sich unter dem Einfluss von Digitalisierung und Postwachstumsbewegungen grundlegend im Wandel. Mit der Corona-Krise als Beschleuniger setzen sich New-Work-Modelle zunehmend durch. Der krisenbedingte Digitalisierungsschub fördert neue Arbeitsstruk-

turen, die von Work-Life-Blending, Kollaboration und Remote Work geprägt sind.

Unternehmen, die zukunftsfähig bleiben wollen, müssen sich mit dem Thema New Work beschäftigen, da sie nur so langfristig gute Mitarbeiter finden und binden können und nur damit sowohl die Produktivität als auch Innovationskraft gewährleisten und steigern können.

»DIE DIGITALISIERUNG FÖRdert NEUE ARBEITSSTRUKTUREN – WORK-LIFE-BLENDING ERSETZT WORK-LIFE-BALANCE.«

Der VBCI unterstützt die Mitgliedsunternehmen hier in vielfältiger Weise. Neben eingehenden Beratungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen von Home Office, flexiblen Arbeitszeiten, mobilem Arbeiten und Shared-Desk-Lösungen steht die Prüfung und Ergänzung von Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen und tariflichen Einzelfalllösungen im Vordergrund.

Durch die Digitalisierung verändern sich unsere Arbeit und die Stellenprofile rasant. Viele Rollen fallen in der Arbeitswelt 4.0 weg, während neue entstehen. Die Diskrepanz zwischen den verfügbaren Fähigkeiten und denen, die für Arbeitsplätze in der digitalen New-Work-Welt benötigt werden, ist eines der entscheidendsten Probleme unserer Zeit. Ein wichtiger Beitrag der Chemie-Arbeitgeberverbände ist hierbei die Analyse der zukünftigen Qualifikationsanforderungen. Auch müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, der Transformation der Qualifikationsbedarfe im jeweiligen Unternehmen den Boden zu bereiten.

Unsere Mitgliedsunternehmen werden hierbei durch zahlreiche Projekte begleitet, die sich mit den Themen „Lebenslanges Lernen“, „Flexibles Arbeiten“ und „Mobiles Arbeiten“ auseinandersetzen. Gleichzeitig wird das dafür notwendige betriebliche Change-Management durch die Rechtsabteilung des Verbandes unterstützt.

New Work bedeutet auch New Leadership: Streng hierarchische Führungsstile werden ersetzt durch eine Vertrauenskultur und Empathie. Hauptaufgabe der Führungskräfte war und ist es, die Mitarbeiter zur Eigenverantwortung zu befähigen und deren Stärken zu fördern. Aktuell begleiten wir unsere Mitgliedsfirmen bei der Aufgabe, Führungskräften Wege aufzuzeigen, wie sie Mitarbeitern eine tageweise Rückkehr aus dem Home Office attraktiv gestalten und neue Räume für Begegnungen schaffen können.

» DURCH „NEW WORK“ ENTWICKELN SICH BÜROS ZUM ORT DER PRODUKTIVEN BEGEGNUNG.«

New Work bietet die Chance, persönliche Potenziale zu entfalten. Denn in Zukunft wird eine Vielzahl anstrengender, monotoner und repetitiver Vorgänge von Maschinen erledigt oder nicht mehr in Deutschland angeboten. Das Lösen von Zukunftsaufgaben bestimmt das Tun und stiftet einen neuen Sinn von Arbeit.

» WWW.FUTURE-SKILLS-CHEMIE.DE «

Future Skills Report Chemie

Der Future Skills Report ist eines der drei Elemente der Qualifizierungsoffensive Chemie, auf die sich die Chemie-Sozialpartner verständigt haben. Er richtet den Blick auf die gesamte Branche und trifft Aussagen über mögliche Veränderungen in der zukünftigen Skill-Landschaft. Die Ergebnisse sind sowohl für Führungskräfte als auch für Personalverantwortliche und Betriebsräte im Bereich der (strategischen) Personalplanung von Interesse. Beschäftigte können den Report nutzen, um sich anhand der aufgezeigten Trends ein Bild über mögliche Veränderungen der Anforderungen an ihrem Arbeitsplatz zu machen. Welche Kompetenzen werden in der chemisch-pharmazeutischen Industrie zunehmend wichtiger? Welche Trends sind für die Branche mit Blick auf den Arbeitsmarkt besonders relevant? Wie wirken sich diese auf unterschiedliche Geschäftsbereiche aus? Was also sind die „Future Skills“, die unsere Branche in der Zukunft prägen? Um all diese Fragen zu beantworten, haben die Chemie-Sozialpartner gemeinsam mit Unternehmensexperten und Betriebsräten den Future Skills Report Chemie entwickelt.

» WWW.ELEMENTARE-VIELFALT.DE «

Elementare Vielfalt (EIVi)

Die chemische Industrie ist eine forschungsintensive Hightech-Branche. Um auch in Zukunft wegweisende Produkte anbieten zu können, sind die Unternehmen mehr denn je auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Im Wettbewerb um geeignete Auszubildende sehen sie sich aber zunehmend mit den Herausforderungen des demografischen Wandels konfrontiert.

Um das Engagement im Bereich Nachwuchssicherung weiter auszubauen, unterstützen die Chemie-Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder mit der Aus-

bildungskampagne „Elementare Vielfalt (EIVi) – Deine Ausbildung in der Chemie-Branche“. Ein Gesamtpaket aus Internetauftritt, begleitenden Informationsmaterialien und Marketingaktivitäten soll die Ausbildungsbetriebe der Branche im Wettbewerb um junge Nachwuchskräfte stärken.

Zentrales Element der Ausbildungskampagne ist das Online-Marketing. Der Internetauftritt bietet jungen Menschen in der Phase der Berufsfindung zielgruppengerechte Informationen aus einer Hand. Neben Porträts der wichtigsten Ausbildungsberufe, Informationen zum Dualen Studium und Bewerbungstipps können Schülerinnen und Schüler auch freie Ausbildungsplätze oder duale Studiengänge der Chemie-Betriebe in einer bundesweiten Ausbildungsbörse finden. Zusätzlich werden kleinere und mittlere Chemie-Betriebe im Rahmen der EIVi-Kampagne mit der Aktion „Starte deine Ausbildung im Mittelstand“ unterstützt.

Chemie-Rechtsportal

Gemeinsam mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und den regionalen Schwesterverbänden haben die Juristen des VBCI das neue Chemie-Rechtsportal entwickelt. Hiermit wurde ein exklusives Tool für die Beratung der Mitgliedsunternehmen geschaffen.

Digitale Hilfsinstrumente sind immer stärker gefragt – auch in der Rechtsberatung. Zwar können sie niemals die individuelle Beratung ersetzen, aber sie bieten jederzeit abrufbares Basiswissen, um eine erste fachliche Orientierung sicherzustellen.

»DAS CHEMIE-RECHTSPORTAL IST EIN LEUCHTTURMPROJEKT MIT GROSSEM MEHRWERT FÜR MITGLIEDER.«

Das Portal vereint bestehende digitale und analoge Angebote der Chemie-Arbeitgeberverbände und stellt gleichzeitig neue Tools für die Arbeitgeber bereit. Zentral sind die mehr als 40 interaktiven Entscheidungsdialekt. Sie geben schnell und fundiert Auskunft bei typischen Fragen zum Arbeitsrecht und den Chemie-Tarifverträgen. Sie umfassen Themenfelder von A wie Arbeitszeit bis Z wie Zeiten ohne Arbeitsleistung. Für die Zukunft haben wir das Ziel, weitere Themen laufend durch die jeweiligen Arbeitsgruppen zu ergänzen und das Portal auszubauen.

Ein weiteres Element ist die Integration des Dokumentengenerators. Dieses Instrument hilft bei der Erstellung von Arbeitsverträgen, Vereinbarungen und Kündigungen.

Ergänzt wird das Portal durch ein Wiki, welches aktuelle Informationen zu rechtlichen Themen erläutert. Auch die Inhalte der bewährten BAVC-Handbücher werden hier integriert.

Seminar- und Informationsveranstaltungen

Aufgrund der im Jahr 2021 andauernden Pandemie konnten die Seminarangebote des VBCI bedauerlicherweise erneut nicht in Präsenz und im persönlichen Austausch mit den Vertretern unserer Mitgliedsunternehmen stattfinden. Stattdessen wurden die virtuellen Angebote durch die Rechtsabteilung weiter ausgebaut. Neben den bereits bekannten Informationsveranstaltungen beispielsweise zum Steuer- und Sozialversicherungsrecht oder zu aktuellen rechtlichen Fragestellungen im Rahmen von Richterseminaren fanden auch kompakte Praktikerseminare zu aktuellen Herausforderungen in der Personalarbeit wie beispielsweise dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement statt.

Im Jahr 2021 wurde zusätzlich ein neues Informationsangebot des VBCI ins Leben gerufen, der „Legal Lunch“. Im Rahmen von monatlich stattfindenden einstündigen Vorträgen und interaktiven Fragerunden werden aktuelle rechtliche Themen und Grundlagen vermittelt, die den Personalverantwortlichen die Möglichkeit geben sollen, kurz und prägnant das betriebliche Wissen aufzufrischen und zu ergänzen.

Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hatte in den vergangenen zwei Jahren gravierende Auswirkungen weltweit und damit auch in Bayern. Mehr als 122.000 Menschen in Deutschland haben im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion ihr Leben verloren und eine mehrfach höhere Zahl von Menschen leidet heute an den Folgeschäden einer durchlittenen Infektion. Auch der wirtschaftliche Schaden ist enorm. Nach Berechnungen des IW Köln kostete Corona bisher 350 Mrd. Euro Wertschöpfung.

» DER VBCI STAND SEINEN MITGLIEDSUNTERNEHMEN AUCH IN
ZEITEN DER KRISE STETS MIT RAT UND TAT ZUR SEITE.«

Die Arbeit des VBCI war geprägt von Beratungen unserer Mitgliedsunternehmen zu Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, 3G am Arbeitsplatz, Home Office, Wechselunterricht in den Schulen, Bayern im Lockdown, Abfra-

ge des Impf- und Genesenenstatus, betriebliche Coronatests, Schließung von Betriebskantinen, Impfgegnern, Querdenkern, Maskenverweigerern im Betrieb, Auffrischungsimpfungen, Urlaubsreisen in Hochrisikogebiete, Quarantäneanordnungen, der Corona-Ampel und der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Im Jahr 2021 wurden hunderte Corona-Rundschreiben verschickt und zahllose E-Mails und Telefonanfragen beantwortet. Die Schlagzahl der in diesem Zeitraum entstandenen Gesetze, Verordnungen oder Durchführungshinweise erreichte ein vorher nie gesehenes Ausmaß und führte verständlicherweise zu großer Unsicherheit bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Nur durch den großen Einsatz der Rechtsabteilung war es möglich, das Informationsbedürfnis der Mitglieder befriedigen zu können.

»ARBEITGEBER ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG!«

Unsere Unternehmen haben seit Beginn der Corona-Pandemie massiv in den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gesundheitsgefährdungen durch das SARS-Cov-2-Virus investiert und einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge der Beschäftigten und zur Durchimpfung der Bevölkerung geleistet. Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände haben für die Unternehmen und Betriebe erfolgreich eine zentrale Koordinierungs- und Informationsfunktion in der Pandemie übernommen. Wir haben fragmentiert vorliegende Informationen zu gesetzlichen Regelungen aufbereitet und gebündelt. Wir haben ein koordiniertes Vorgehen – insbesondere in den Bereichen Testen und Impfen – vor allem auch durch Online-Angebote sichergestellt.

»IN DER PANDEMIE FAND DIE AUSBILDUNG UNTER ERSCHWERTEN BEDINGUNGEN STATT.«

Ausbildung in Bayern

Die Ausbildung in den Betrieben der bayerischen chemischen Industrie war auch im Jahr 2021 erheblich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie behindert. Insgesamt haben die coronabedingten Beeinträchtigungen in allen Bereichen der Ausbildung deutliche Spuren hinterlassen. Die Prüfungen sind in diesem Jahr mancherorts spürbar schlechter ausgefallen als im langjährigen Durchschnitt und so manche Ausbildungsfirma sieht sich genötigt, noch mehr Unterstützungsmaßnahmen zu organisieren.

Beim Ausbildungsmarketing haben die Betriebe in den Jahren der Pandemie erfindungsreich alternative Wege der Nachwuchswerbung entwickelt, die sich vornehmlich virtuell abspielte. Aber auch die besten virtuellen Verfahren konnten die klassischen Marketinginstrumente wie Ausbildungsmessen, Schulbesuche, Betriebspraktika, Aktionstage etc. nicht wirklich vollwertig ersetzen.

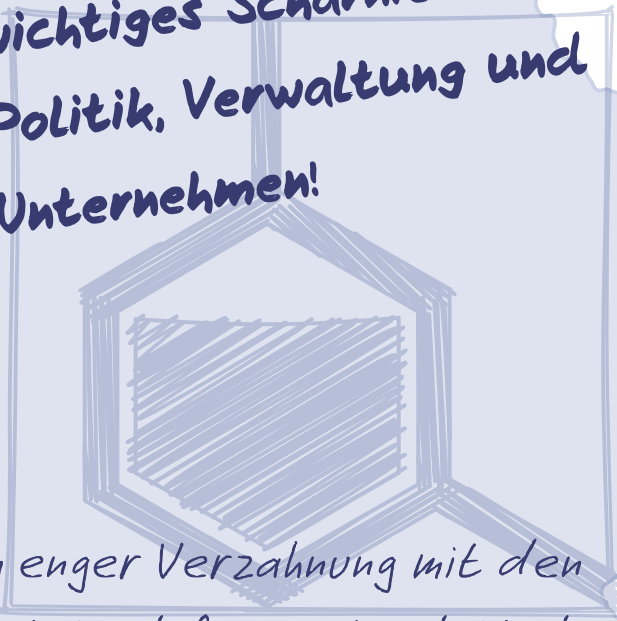
Insgesamt hat sich die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze nach einem leichten Rückgang aber stabilisiert und liegt noch immer über dem langjährigen Durchschnitt. Allerdings hat sich ein Problem leider weiter verschärft: Die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze stieg weiter auf nun 12,4%. Für diese Entwicklung sind, wie schon in den Vorjahren, mehrere Faktoren ursächlich. Neben den genannten Auswirkungen der Pandemie auf das Personalmarketing spielen die schwierige konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre, die demografische Entwicklung und der anhaltende Trend, statt einer Lehre schulische Angebote zu nutzen, eine erhebliche Rolle.

»JETZT GEMEINSAM DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT STELLEN – AUSBILDUNG UND ARBEITEN IN DER LÖSUNGSINDUSTRIE.«

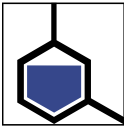
Unternehmen und Sozialpartner sind hier gemeinsam gefordert, die Schulabsolventen sowohl über die enorme Breite des Ausbildungsangebotes als auch über die vorhandenen Aufstiegs- bzw. Entwicklungsmöglichkeiten zu informieren. Nachdem der Sinn einer Tätigkeit zunehmend auch für die Frage der Berufswahl an Bedeutung gewinnt, liegt darin eine große Chance für unsere Branche – die Chemie ist die **#Lösungsindustrie** für die großen Themen unserer Zeit. Und wer an diesen Lösungen mitwirken will, ist bei unseren Unternehmen höchst willkommen! Das gilt es zu vermitteln.

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern

Zwischen Krisenbewältigung
und industriepolitischen
Kernthemen – die Verbands-
arbeit ist mehr denn je ein
wichtiges Scharnier zwischen
Politik, Verwaltung und
Unternehmen!



In enger Verzahnung mit den
Mitgliedsfirmen bündelt der
Verband die branchenrelevanten
Themen und Botschaften.



VCI

BAYERN

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI-Landesverband bündelt als Sprachrohr der Branche die wirtschaftspolitischen Belange und Interessen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern – und dies in der Verbändegemeinschaft mit dem Arbeitgeberverband VBCI nunmehr seit über 75 Jahren. Die letzten Jahre sind dabei naturgemäß stark durch die COVID-19-Pandemie und seit Anfang des Jahres insbesondere durch den schrecklichen Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen geprägt.

» VERBÄNDE SIND GERADE IN KRISENZEITEN WICHTIGES SCHARNIER ZWISCHEN UNTERNEHMEN, POLITIK & VERWALTUNG.«

Dabei standen und stehen Hilfestellungen für die Unternehmen weiter an oberster Stelle. Um den erhöhten Informationsbedarf zu decken – egal ob bei Fragen zu Sanktionen, zur Versorgungssicherheit oder zu Wirtschaftshilfen bis hin zu Fragen der humanitären Hilfe –, hatte der VCI kurzfristig einen Ukraine-Helpdesk ins Leben gerufen und steht den Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite. Dies gilt auch umgekehrt für Politik und Verwaltung, die in solchen Krisenzeiten oftmals auf schnelle und gebündelte Informationen über die Verbände angewiesen sind. In zahlreichen Taskforces und hochrangigen Gesprächsformaten (wie zuletzt mit der Amtschefin des bayerischen Wirtschaftsministeriums im Rahmen des AK Energiepolitik), aber auch mit gebündelten Informationen aus kurzfristigen Schnellumfragen (u.a. zur ökonomischen Betroffenheit von Unternehmen, zu Lieferengpässen, Versorgungssicherheit, potentiellen Möglichkeiten eines Fuel Switches bei einem Gas mangelszenario usw.) wird der Verband nicht müde, eine Basis für informierte Entscheidungen in Politik und Verwaltung zu schaffen. Es ist dabei sicherlich auch nicht zuletzt der unmissverständlichen, faktenbasierten Kommunikation unserer Branche auf allen Ebenen zu verdanken, dass der Politik ein so deutliches Bild bezüglich der Risiken eines Gasstopps für die deutsche Wirtschaft vermittelt werden konnte.



Energie- und Klimapolitik

Insofern steht die Energiepolitik auch verbandlich aktuell besonders stark unter dem Einfluss der Krisensituation. Nichtsdestotrotz blieben die weiteren



Kernthemen aber ebenso im Fokus des VCI. So ist es im Kontext der Bundestagswahl 2021 durch die Kampagne #AlleFürDieZukunft in einer bislang beispiellosen Anstrengung über die gesamte Branche hinweg gelungen, deren gesellschaftlichen Mehrwert und die dringenden Themen parteiübergreifend zu verankern. Dies ist umso wichtiger, als die ausgerufene Transformation in der Energie-

und Klimapolitik schon vor der Ukraine-Krise mangels politischer Rahmenbedingungen gerade in der energieintensiven Industrie massive Zukunftssorgen hervorgerufen hatte. Die „energiepolitische Gretchenfrage“ – woher und in welcher Form kommt die CO₂-freie Energie in Zukunft versorgungssicher und bezahlbar in die Industriezentren (Stichwort: Industriestrompreis von 4 ct/kWh!)? – bleibt der Dreh- und Angelpunkt der VCI-Aktivitäten u.a. im (vor-)politischen Raum, innerhalb des Verbändenetzwerks, aber auch im Rahmen



der Klimaschutzplattform Chemistry4Climate. Hier besteht auch gerade aus bayerischer Perspektive mit Blick auf die fehlende Infrastruktur besonderer Handlungsdruck, der sich im Kontext der Ukraine-Krise und der überwiegenden Gas-Belieferung aus Russland nochmals verschärft hat. Die Bayerischen Chemieverbände hatten das Missverhältnis zwischen Ambition und Umsetzungsplan

daher auch in der Anhörung zur Überarbeitung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes nochmals im Detail dargelegt und Konkretisierungen eingefordert.

»VIEL AMBITION, WENIG UMSETZUNGSPLAN – DIE KRUX DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK«

Positiv zu vermerken ist dabei der durchaus frische Wind der Ampelkoalition auf Bundesebene, wo überfällige Dinge wie die schnelle Abschaffung der EEG-Umlage oder auch der ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien mit einem besseren Genehmigungsregime im Osterpaket angepackt werden. Alles in allem kann aber auch das nur ein Anfang zur Beantwortung der energiepolitischen Gretchenfrage sein. Statt regulatorischem Klein-Klein ist ein Befreiungsschlag für einen planbaren regulatorischen Transformationsrahmen nötig.

Neben der regionalen und nationalen Gesetzgebung standen aber auch weiterhin die zahlreichen europäischen Regelungsvorhaben im Rahmen des Green Deals im Fokus. Von den neuen Energie-, Klima- und Umweltbeihilfeleitlinien – hier hätte man fast die Erzeugung von Wasserstoff nicht be-

rücksichtigt – bis hin zu den Änderungen zentraler Richtlinien im Zuge des „Fit-For-55-Paketes“ ist der VCI hier an vorderster Stelle aktiv und kämpft für einen machbaren und praxisorientierten Umsetzungsrahmen.

Umwelt- und Stoffpolitik

Nicht weniger intensiv beschäftigt den Verband das bestehende Umweltregelwerk, das den Rahmen für die Errichtung wie auch den Betrieb für Industrieanlagen, aber auch z.B. für die Verwendung von Stoffen festlegt. Hat man einerseits erkannt, dass für das Gelingen der klimaneutralen Transformation Genehmigungsverfahren für energiewirtschaftliche Infrastrukturvorhaben dringend schneller und planbarer laufen müssen, ist diese Notwendigkeit noch nicht im selben Maße auch für Industrieanlagen zur Kenntnis gelangt. Denn die Transformation benötigt eben nicht alleine Windräder und Stromleitungen, sondern auch neue Prozesse und Produktionsanlagen für eine kli-

» WIR MÜSSEN UNS #ZUKUNFTGENEHMIGEN – „TESLA-
GESCHWINDIGKEIT“ MUSS ÜBERALL STANDARD WERDEN.«

maneutrale Wertschöpfung – und auch diese müssen bei den ambitionierten Zielvorstellungen zukünftig schnellstmöglich genehmigt werden. Der VCI hat daher nach dem Motto #ZukunftGenehmigen eine umfassende Kampagne inklusive Studie und Rechtsgutachten für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gestartet. All das ist natürlich ebenfalls nur ein Anfang! Denn es geht darum, dass eine Allianz des Wollens zwischen Bund, Ländern, Gesellschaft und Industrie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ganzheitlich anpackt und endlich loslegt. Und das gilt natürlich nicht nur auf Bundesebene. Im Rahmen des Umwelt- und Klimapaktes in Bayern befasst sich deshalb bereits seit längerem eine Arbeitsgruppe damit, wie man durch Verbesserungen im Vollzug eine Optimierung von umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren gestalten kann. Dieser Dialog schafft dabei nicht nur Verständnis, sondern kann auch erste konkrete Maßnahmen hin zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren sowie ein Leitbild für die Optimierung von umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren vorweisen.

Gleichwohl unterliegt das Umweltregelwerk auf allen föderalen Ebenen weiterhin einem dynamischen Wandel. Exemplarisch seien hierbei die geplante Revision der EU-Industrieemissionsrichtlinie, die Novelle der TA-Luft oder auch die geplante Einführung eines bayerischen Wassercentrs genannt. Leider



tragen diese Vorhaben meist wenig zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei – im Gegenteil: Materielle und verfahrensrechtliche Standards sowie Erfüllungsaufwand werden zusätzlich erhöht. Eine erste orientierende Abfrage im Kontext des bayerischen Wasserzents zeigt – je nach dessen Ausgestaltung – potentielle Belastungen der Branche in Millionenhöhe. Hier gilt es einmal mehr, Maß und Mitte zu bewahren, damit am Ende das große Ziel der Transformation nicht durch überzogene Regulierungsstandards und überbordenden Erfüllungsaufwand unter die Räder kommt. In diesem Kontext bewährten sich auf bayerischer Ebene die etablierten Expertendialoge, wo gemeinsam mit den relevanten Ministerien Fragen des umwelt- und stoffrechtlichen Vollzugs sowie Fragen der Rechtsentwicklung erörtert werden konnten.

»DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE GEHT ALLE AN!«

Mit Blick auf die stoffrechtlichen Entwicklungen beschäftigten den VCI auch in diesem Berichtszeitraum die umfassenden Regulierungsvorhaben im Rahmen der EU-Chemikalienstrategie (CSS). Deren weitreichende geplante Maßnahmen münden nunmehr ohne jegliche Verschnaufpause zeitnah in konkrete Legislativvorschläge wie der Revision der REACH- und der CLP-Verordnung. Die fachliche Bewertung und Begleitung zahlreicher Studien zum Impact Assessment, Workshops, Konsultationen und Fragebögen fordern den VCI



und seine Fachgremien in bislang ungeahnten Dimensionen. Was die ökonomischen Auswirkungen angeht, hatte der europäische Chemieverband Cefic Ende letzten Jahres den ersten Teilbericht einer Folgenabschätzung veröffentlicht. Dabei kam zu Tage, dass alleine zwei der unzähligen Maßnahmen der CSS – ein „generischer

Ansatz für die Risikobewertung“ und die einseitige Einführung neuer CLP-Gefahrenklassen – zu Verlusten in der Größenordnung von 12% des Umsatzes



der europäischen Chemiebranche in 2040 zur Folge haben kann. Dabei sind Kaskadeneffekte in den Wertschöpfungsketten allerdings nicht eingerechnet. Es ist daher von besonderer Bedeutung, dass auch nachgelagerte Branchen in den industriellen Wertschöpfungsketten – bis hin zu den großen OEMs z.B. im Konsumgüter-, Automobil- oder Elektronikbereich – dieses Thema ebenfalls stärker

in den Fokus nehmen. Auf bayerischer Ebene ist es in diesem Kontext gelungen, eine Positionierung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) zu diesem Thema anzuregen – denn die EU-Chemikalienstrategie geht alle an!

Nachhaltigkeit und Responsible Care

Für die Stärkung der Eigenverantwortung statt starrem Dirigismus stehen seit jeher die beiden Nachhaltigkeitsinitiativen Responsible Care (RC) und Chemie³. Sie sind ein erfolgreicher Beitrag, um Nachhaltigkeit als festes Leitbild in der Branche zu verankern und unterstützen durch zahlreiche Leitfäden, Workshops, Gesprächsformate und Hilfestellungen. Der jährliche Wettbewerb trägt seit vielen Jahren dazu bei, dass die Anstrengungen der Branche im Sinne eines verantwortlichen Handelns auch anhand konkreter Projekte sichtbar werden. In 2021 gab es in Bayern mit insgesamt 18 Projekteinreichungen zum Thema „Unser Beitrag zum Klimaschutz“ eine Rekordbeteiligung! Wir danken nochmals allen teilnehmenden Unternehmen und gratulieren herzlich! Für 2022 fokussiert der Wettbewerb auf das Thema „Dialog – Unser Beitrag zur Transparenz“ und nimmt Projekte zur Verbesserung des Dialogs der Branche nach außen in den Fokus. Aufgrund der schwierigen Situation infolge des Ukrainekrieges soll der Wettbewerb dieses Mal direkt auf Bundesebene ausgetragen werden.



» VON EIGENVERANTWORTUNG ZUM DIRIGISMUS – NACHHALTIGKEIT WIRD IMMER STÄRKER NORMIERT.«

Der Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit nimmt dabei zunehmend regulatorische Facetten an. So ist die Begleitung des nationalen und europäischen Lieferkettengesetzes wie u. a. auch der Sustainable-Finance-Regulierungen notwendiger Bestandteil der Verbandsarbeit. Und auch hier zeigt sich, dass Brancheninitiativen wertvolle Unterstützung bieten können – so entwickelt die Chemie³-Initiative derzeit einen Branchenstandard, der Unternehmen bei der Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten unterstützen soll.



Innovations- und Bildungspolitik

Die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Branche ist der Antrieb jeglicher forschungspolitischer Aktivitäten des VCI – denn nur durch Innovation können Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen dieser Zeit gefunden werden. Und hier spielt die Chemie als **#Lösungsindustrie** eine Schlüsselrolle. Auf bayerischer Ebene bündelt der AK Innovation diese Aktivitäten. Hier zeigte sich, dass auch in den Innovationsabteilungen der Unternehmen die Sorgen vor einem Gasstopp präsent sind. Gleichwohl wird die

Krise langfristig auch als Innovationstreiber gesehen. Wesentliches Thema waren zudem die forschungspolitischen Vorhaben der Ampelkoalition und der EU-Kommission, die vielfach in die richtige Richtung gehen. Problematisch bleiben weiterhin die bürokratischen Lasten und zum Teil zu statischen Ansätze bei der Projektförderung, weshalb man sich hierzulande auch weiterhin stark für eine agile Projektförderung einsetzt.

»INNOVATION BRAUCHT EINE TECHNOLOGIEOFFENE UND NATURWISSENSCHAFTLICH INTERESSIERTE GESELLSCHAFT.«

Um Innovationen hervorzubringen und diese am Ende auch in Produkte, heimische Produktion und Industriearbeitsplätze zu überführen, bedarf es kluger Köpfe und einer technologieoffenen, naturwissenschaftlich interessierten Gesellschaft. All dies fängt in der Schule an, wo die Grundlagen für das Verständnis naturwissenschaftlicher Zusammenhänge vermittelt werden und vielleicht sogar die Begeisterung dafür geweckt wird. Dies ist der Ansporn für die vielfältigen Aktivitäten des Landesverbandes im Bereich der Lehrerfortbildung, die pandemiebedingt seit dem Frühjahr 2020 in unterschiedlichen Online-Formaten durchgeführt werden und bis heute auf große Nachfrage stoßen. Diese digitalen Formate bieten dabei ein niederschwelliges Angebot für effiziente Wissensvermittlung. Natürlich lebt naturwissenschaftliches Experimentieren aber auch vom Selbermachen, was online nur bedingt realisierbar ist. Daher sollen die Fortbildungsveranstaltungen ab dem Schuljahr 2022/23 wieder in gewohnter Manier als Präsenzformat angeboten werden.

Pharmastandort Bayern

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass eine innovations- und handlungsstarke Pharmaindustrie ein großer Wert an sich ist. Die Branche hat aber auch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung und ihre Produkte sind für die Gesellschaft hochrelevant. Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben die Problematik von Liefer- und Versorgungsengpässen aber nochmal verstärkt und die Fatalität der Abhängigkeit von Produktionen und Zulieferern in Drittstaaten offenbart. Daher soll Europa wieder mehr als Produktionsstandort dienen, was erhebliche Investitionen erfordert. Das Aufzeigen der Relevanz der Pharmaindustrie ist eines der wesentlichen Anliegen der Pharmainitiative Bayern, die durch den VCI-Landesverband Bayern maßgeblich unterstützt wird. Die Branche sieht sich hier in einem Dilemma: Einerseits braucht es dringend stabilere Lieferketten. Andererseits fürchtet die Branche verstärkten Kostendruck.

» SPAREN KANN TEUER SEIN – 1 EURO MEHR AN HERSTELLER- RABATT VERURSACHT 2-3 EURO MINDERINVESTITIONEN.«

Trotz der Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie hält sich leider hartnäckig eine Sicht auf die Pharmaindustrie primär als Kostenfaktor im Gesundheitssystem. Denn angesichts einer anstehenden Stabilisierung der GKV-Finanzen könnte der Bund auch im Pharmabereich den Rotstift ansetzen. Um die negativen volkswirtschaftlichen Effekte solcher Sparbeiträge der pharmazeutischen Industrie zu quantifizieren, hat die Pharmainitiative Bayern erneut eine Studie in Auftrag gegeben. Das Fazit ist eindeutig: Sparen kann an dieser Stelle sehr teuer sein! Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen für eine sichere Arzneimittelversorgung zu verbessern. Hierzu konnte Ende 2021 die gemeinsame Erklärung zwischen der Bayerischen Staatsregierung und einschlägigen Pharmaverbänden fortgeschrieben werden. Dieses Dokument ist nicht nur ein starkes Signal, sondern ein echtes Commitment für ganz konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Pharmastandorts Bayern.



Betreuung der VCI-Fachverbände auf Landesebene

Der VCI-Landesverband Bayern vertritt auch die Landesorganisationen von VCI-Fachverbänden – in Bayern sind dies die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL) und der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI). So können die bayerischen Interessen dieser wichtigen Chemiesparten auch regional gebündelt werden, in die Verbandsarbeit einfließen und sich die bayerischen Unternehmen vernetzen. Dies ist wesentlicher Zweck der alljährlichen Mitgliederversammlung des BPI-LV Bayern, die coronabedingt einmal mehr leider nur virtuell ausgerichtet werden konnte. Der VdL-Bezirksgruppe Bayern war es hingegen möglich – nach zweieinhalb Jahren Online-Meetings –, den Austausch zu wichtigen branchenrelevanten Themen dieses Frühjahr endlich wieder „live und in Farbe“ durchzuführen.



Ausblick

Weniger Wohlfühl-
bekundungen,
mehr Umsetzung!

Damit Bayern ein führender
Industriestandort bleibt,
muss die Politik JETZT die
richtigen Weichen stellen!



Ausblick

Zum Schluss des Jahresberichts möchten wir – wie immer – einen Ausblick wagen. Dieser fällt angesichts der dynamischen und unvorhersehbaren Entwicklungen aufgrund des Ukrainekriegs dieses Mal allerdings beliebig schwer. Deshalb sei zunächst der Fokus auf ein für Bayern unweigerlich feststehendes und wichtiges Ereignis gerichtet: die Landtagswahl im Herbst 2023. Dieser Termin ist zum einen aus politischer Sicht schon jetzt denkwürdig. Denn selten war in Bayern so unklar, wie sich die parteipolitischen Verhältnisse entwickeln werden, wie am Ende die „Couleur“ der nächsten Bayerischen Staatsregierung aussehen könnte. Zum anderen ist die kommende Bayern-Wahl – gerade auch mit Blick auf den anstehenden Wahlkampf – sicherlich auch thematisch ein wichtiger Meilenstein.

»DIE BAYERN-WAHL IM HERBST 2023 STELLT POLITISCH WIE THEMATISCH WICHTIGE WEICHEN.«

Denn Bayern hat sich – wie ausführlich im Kapitel „Industriepolitik“ beschrieben – durch die Abwicklung einstiger weitsichtiger Infrastrukturentscheidungen gerade energiepolitisch in eine schwierige Situation manövriert, man könnte auch sagen „abgehängt.“ Die Frage der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von (zunehmend regenerativ zu „erzeugender“) Energie im Freistaat ist nicht weniger als eine Schicksalsfrage für den hiesigen Industriestandort. Hier muss es nunmehr unweigerlich gelingen, eine belastbare Zukunftsperspektive zu entwickeln. Und es muss sich zeigen, dass die Politik abseits von abstrakten Zielvorstellungen für Klimaneutralität auch realistische Umsetzungsperspektiven sowie Leitplanken entwickeln kann. Denn es obliegt den gewählten Volksvertretern, die mit der Energiewende und Klimapolitik einhergehenden Herausforderungen und Notwendigkeiten ehrlich zu erläutern und von politisch opportunen Wohlfühlankündigungen wegzukommen.

»WIR MÜSSEN VON WOHLFÜHLBEKUNDUNGEN IN DIE UMSETZUNG KOMMEN.«

Bayern hat mit Stand 2019 seinen Endenergiebedarf zu knapp 22% aus erneuerbaren Quellen gedeckt – was bedeutet, dass 78% des Weges (in Energieeinheiten ausgedrückt: 320 TWh p.a.) noch zu gehen sind, und das innerhalb von 18 Jahren! Diese Dimension der Herausforderungen muss man

ehrlich benennen, um auch einordnen zu können, ob 800 zusätzliche Windräder in Bayern die Energieversorgung langfristig sichern werden. Nur um ein Gefühl zu bekommen: 320 TWh p.a. entsprechen in ihrer Größenordnung grob geschätzt der jährlichen Energiemenge aus etwa 30 Kernkraftwerken der Größe von Isar 2 oder aus 44.000 modernen Windkraftanlagen oder aus einer PV-Fläche in der Größe der halben Oberpfalz.

Natürlich sind das nur plakative Beispiele, um die Dimension zu verdeutlichen. Und es muss auch keineswegs sämtliche Energie in Bayern „erzeugt“ werden. Aber es macht deutlich, dass wir – Politik, Gesellschaft wie auch Wirtschaft und Industrie – ganz gewaltig die Ärmel hochkrempeln müssen. Und zur Ehrlichkeit gehört auch dazu, dass diese Transformation das Erscheinungsbild und das Leben in Bayern verändern, also sicht- und spürbar sein wird – egal ob mit Blick auf die Energiepreise, dringend nötige Stromleitungen, Windräder, PV-Flächen oder E-Mobilität usw. Es gibt dabei unweigerlich viele Schutzzielkonflikte aufzulösen und es wird vielfach nötig sein, dass Einzelinteressen hinten anstehen müssen, damit dieses große gesamtgesellschaftliche Transformationsprojekt gelingen kann. Die Politik muss sich daran messen lassen, diese Herausforderungen ehrlich zu benennen, zu erklären und dann einen Rahmen für die Umsetzung zu schaffen.

»FÜR EINE ERFOLGREICHE TRANSFORMATION MUSS INDUSTRIEPOLITIK JETZT INS ZENTRUM RÜCKEN.«

Und hierzu müssen Politikfelder, die über die letzten Jahre viel zu lange stiefmütterlich behandelt wurden, wieder in den Vordergrund rücken. Allen voran muss die Industriepolitik in Bayern JETZT endlich wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Denn die Industrie ist nicht nur maßgebliche Basis für den Wohlstand in Bayern, sondern nicht zuletzt zwingend nötiger Impulsgeber bei der Umsetzung der Transformation. Diese gigantischen Herausforderungen sind nicht gegen, sondern nur mit der Industrie umzusetzen. Das gilt im Besonderen für die Chemie- und Pharmabranche als #Lösungsindustrie,

»VOM AGRARSTAAT ZUM INDUSTRIESTAAT – UND ZURÜCK? ODER DOCH NICHT?«

die – egal ob für Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft oder Gesundheitsschutz – die nötigen Prozesse, Grundstoffe oder innovativen Materialien überhaupt erst

verfügbar macht. Und die Branche ist bereit, sich den Herausforderungen zu stellen – das zeigt die große Vielzahl an Projekten in den Unternehmen, die derzeit angestoßen werden, um einen Beitrag zu leisten. Aber dafür brauchen die Unternehmen eben auch die richtigen Rahmenbedingungen, damit sich eine Exportnation wie Deutschland und Bayern im internationalen Wettbewerb behaupten kann.

Es mag abschließend etwas abgedroschen klingen, wenn man nochmals die Entwicklung Bayerns vom einstigen Agrarstaat zu einem der weltweit modernsten und erfolgreichsten Industriestandorte bemüht. Aber genau diese Entwicklung, die dieser Freistaat und dessen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten hat erleben können, darf uns allen keine Selbstverständlichkeit, sondern muss ein stetiger Ansporn sein. Und die Lage ist ernst: Kurzfristig sind Unternehmen akut durch einen Gasstopp wie auch die exorbitanten Energiepreise bedroht. Mittel- und langfristig ist derzeit nicht im Ansatz zu erkennen, wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen klimaneutralen Energieversorgung gewährleistet werden kann. Diese Mischung macht deutlich, dass Bayern nicht nur in der Theorie einer sehr realen Gefahr der Deindustrialisierung gegenüber steht. Der lange Weg zu einem führenden Industriestandort ist keineswegs eine Einbahnstraße – dies haben viele Regionen bereits schmerzvoll erfahren, wie man am Beispiel des Ruhrgebiets oder auch am „Rust Belt“ der USA sehen kann.

» 75 JAHRE BAYERISCHE CHEMIEVERBÄNDE – EIN HOFFUNGSVOLLER BLICK NACH VORNE «

Aber in jeder Krise liegt eben auch eine Chance. Durch die aktuelle Situation ist vielen Menschen wieder etwas deutlicher geworden, worin der Wert einer starken und handlungsfähigen Industrie liegt. Und vielleicht kann dieser Impuls genau jetzt den richtigen Anstoß liefern, damit in Bayern wieder wichtige Weichen gestellt werden, um den Erhalt und die nachhaltige Weiterentwicklung des Industriestandorts zu gewährleisten. Die Bayerischen Chemieverbände werden jedenfalls mit aller Kraft dafür kämpfen und blicken als 75-jähriger Teil der **#Lösungsindustrie** Chemie und Pharma in Bayern hoffnungsvoll in die Zukunft. Die Chemie, die als einzige Naturwissenschaft eine eigene Industrie hervorgebracht hat, hat ihre Anpassungs- und Innovationsfähigkeit schon immer unter Beweis gestellt und zu wichtigen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen beigetragen – wir freuen uns auf die nächsten 75 Jahre!

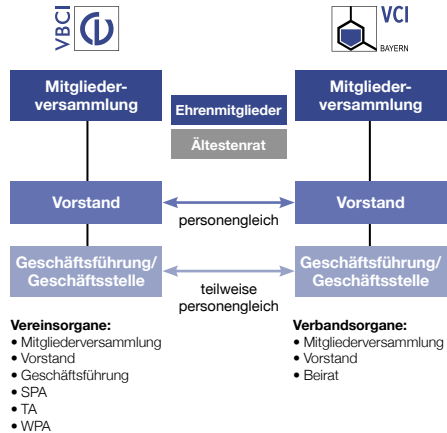
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

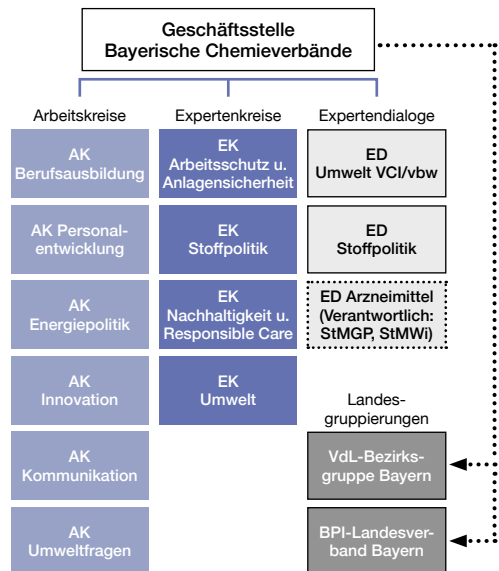
Die **gewählten Gremien (SPA, TA, WPA, Beirat)** nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.

Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen. Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss

Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss

Der TA ist das **zentrale Gremium** rund um die **Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss

Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat

Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung

Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Energiepolitik

Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Kommunikation

Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Personalentwicklung

Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Innovation

Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss

„**Master-Gremium**“ zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Forum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons-Learned-Austausch, Expertenforum ExSchutz, Neues im Arbeitsschutz, etc.)

EK Umwelt

Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlagengenehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care

Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Stoffpolitik

Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge¹⁾:

ED Umwelt VCI/vbw

Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting“ bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik

Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern



Landesgruppierung des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.

U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie Positionierung der Branche, etc.

BPI-Landesverband Bayern



Landesverband des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie e.V.

U. a. branchenspezifischer Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, insbes. gesundheits- und arzneimittelrechtlichen Aspekten, Positionierung ggü. der bayerischen Politik und Verwaltung

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München	Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Dr. Hans Seidl, Grünwald	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Albert Franz, Obernburg	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Johannes Heckmann, Schwandorf	Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Dr. Mathias Kranz, Pullach	Walter Vogt, München
Peter Kurz, Fürth	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Holger Amberg, Gersthofen	Peter Kurz, Fürth
Johann Baumgartner, Neustadt	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Dr. Christian Hartel, München	Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Johannes Heckmann, Schwandorf	Walter Vogt, München
Klaus Kamhuber, Trostberg	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Dr. Mathias Kranz, Pullach	

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Klaus Angermaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf	Peter Knoll, Fürth
Johann Baumgartner, Neustadt	Annette Kunze, München
Christian Beuth, Trostberg	Dr. Maximilian Peter, München
Hans-Peter Dangel, Bobingen	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig	Christina Pliml, Burghausen
Uwe Fritz, Burghausen	Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Michael Grimbs, Pullach	Ulrike Pontius, Seefeld
Burkhard Gröschl, Bad Berneck	Eva-Maria Renner, Burghausen
Jochen Joa, München	Barbara Strasser, Obernburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Paul Wiggermann, Penzberg
Hannes Kauper, Nürnberg	Philipp Wimmer, Burghausen
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	Engelbert Zehentmaier, Burghausen
Katja Klinkenberg, Ismaning	

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Thomas Schnell, München
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Arne Schulle, Unterschleißheim
Hans-Peter Gabski, Gersthofen	Raphael Siegle, Neu-Ulm
Ed Hoozemans, Pullach	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Rüdiger Lugert, Diedorf	Dr. Steffen Wache, Trostberg
Dr. Christoph von Reden, Burghausen	Steffen Wegner, Herrsching
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning	

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen	Manfred Hoffmann, Neuburg
Elmar Benne, Illertissen	Dr. Christoph von Reden, Burghausen
Chantal Friebertshäuser, München	Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Thomas Schnell, München
Markus Fritzsche, Essenbach	

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	Dr. Peter Umfug, München
Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld	

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung	Richard Stubenvoll, Burghausen
Energiepolitik	Albert Franz, Obernburg
Innovation	Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Kommunikation	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Personalentwicklung	Peter Lerchner, Trostberg
Umweltfragen	Dr. Peter von Zumbusch, Burghausen

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Steffen Wegner, Herrsching

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogg

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Markus Born	Ass. jur. Annette Birkholz
Ass. jur. Stefan Mößner	Ass. jur. Dominic Hauenstein (bis Juni 2022)
Ass. jur. Peter Fürnthaler (stellv.)	Ass. jur. Philipp Hausch
	Ass. jur. Andrea Klein
Geschäftsführer (VCI-LV):	Ass. jur. Jana Kraus
Dr. Markus Born	Ass. jur. Valerie Marquardt (seit April 2022)
Dr. Roland Appel (stellv.)	Robert Schuder
	Kwam Walton

STATISTISCHE VERGLEICHZAHLEN

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2020	2021	%	2020	2021	%
Bayern						
Gesamtumsatz	17.058.142	19.984.153	17,2	347.632.440	379.644.573	9,2
darunter Ausland	10.360.563	12.431.115	20,0	186.464.181	205.688.818	10,3
Beschäftigte	63.735	63.864	0,2	1.293.292	69.542.962	1,6
Bund						
Gesamtumsatz	190.576.422	227.135.292	19,2	1.765.728.061	1.984.474.455	12,4
darunter Ausland	118.246.917	139.521.145	18,0	850.722.130	963.241.375	13,2
Beschäftigte	464.437	473.194	1,9	6.211.619	6.197.291	-0,2

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2020	2021	2020	2021	2020	2021
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	406.157	472.608 16,4 %	254.736	306.730 20,4%	2.007	1.945 -3,1 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.668.655	1.894.159 13,5 %	1.049.603	1.161.518 10,7%	4.338	3.710 -14,5 %
Kunststoffe in Primärformen	4.811.625	6.305.410 31,0 %	3.439.311	4.497.963 30,8%	13.200	13.064 -1,0 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitten	1.367.583	1.420.485 3,9 %	753.808	787.581 4,5%	6.846	6.557 -4,2 %
pharmazeutische Erzeugnisse	2.214.102	2.434.972 10,0 %	1.016.216	1.213.157 19,4,0%	8.405	9.059 7,8 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.285.832	1.409.482 9,6 %	621.715	770.246 23,9%	3.080	3.045 -1,1 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	772.526	824.503 6,7 %	387.189	402.329 3,9%	4.490	4.446 -1,0 %
Chemiefasern	668.894	780.598 16,7 %	453.018	533.968 17,9%	3.508	3.440 -1,9 %
Sonstige	3.862.768	4.441.936 15,0 %	2.384.967	2.757.623 15,6%	17.861	18.598 4,1 %

Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

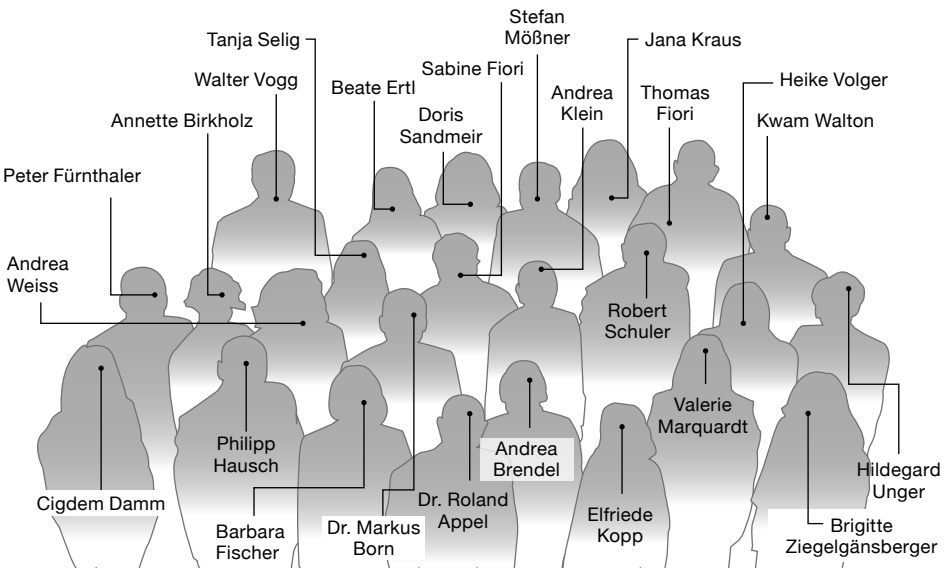
Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und
Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata,
eigene Berechnungen

**Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und
%-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland**

Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2018	2019	2020	2021	%
2012	Farbstoffe und Pigmente	140.819	124.503	127.625	152.943	3,9
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.480.805	1.197.007	1.083.175	1.661.413	17,9
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	2.186.903	2.064.220	1.915.988	1.563.451	6,2
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	50.048	50.644	53.593	56.514	1,5
2016	Kunststoffe in Primärformen	4.666.090	4.492.970	4.072.213	5.281.159	17,6
2020	Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	66.958	58.716	145.607	78.696	2,5
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.451.559	1.408.876	1.260.474	1.324.359	14,3
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	827.228	830.414	811.693	900.647	16,0
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	750.687	757.679	706.416	773.555	15,7
2052	Klebstoffe	288.710	284.882	278.474	350.055	16,8
2053	Etherische Öle	171.530	179.705	189.684	191.513	8,2
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	2.844.687	2.491.338	-	2.941.915	14,3
2060	Chemiefasern	722.265	603.131	524.974	612.851	36,5
2090	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	118.169	121.827	120.843	165.148	6,8
20	Chemische Erzeugnisse	15.409.616	14.307.707	13.476.513	15.639.607	12,4
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	123.900	110.981	144.936	164.195	0,6
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Erzeugnisse	1.763.717	1.983.703	2.096.655	2.248.343	7,5
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	1.887.617	2.094.684	2.241.591	2.412.538	7,0
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	17.297.233	16.402.391	15.718.104	18.052.145	11,2

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände



Nicht auf dem Bild:
Nicole Spießl